

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 46. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 20. März 2024
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz René Amstutz, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Elena Elser, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Christoph Ruckstuhl, Louis Seifried, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Olivier Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Matthias Häuptli, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Jörg Waldner

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 29 Anwesende = 20
18.15 Uhr 30 Anwesende = 20
18.20 Uhr 31 Anwesende = 21
19.00 Uhr 32 Anwesende = 22
20.00 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle des zurückgetretenen Swen Wyss, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Patrick Kneubühler Geschäft 4716
2. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Kultur und Soziales**, anstelle der zurückgetretenen Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Matthias Häuptli Geschäft 4723
3. Postulat von Matthias Häuptli, GLP, vom 13.6.2023 betreffend **Kompetenzgerechte Aufgabenteilung II: Baubewilligungen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4679
4. Postulat von Christian Jucker, GLP, vom 13.6.2023 betreffend **Kompetenzgerechte Aufgabenteilung I: Steuerveranlagungen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4680
5. Motion von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 18.4.2023 betreffend **Anpassung des Reklamereglements, Paragraph 14**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4665
6. Bericht des Gemeinderates vom 28.2.2024, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 29.3.2022, betreffend **Öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil V**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4609 / A
7. Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP, vom 25.1.2023, betreffend **Webseite Gemeinde Allschwil und Gemeindeordnung**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4658 / A
8. Interpellation von Rolf Adam, die Mitte-Fraktion, vom 17.10.2023, betreffend **Die nächtliche Ruhe im Wegmatten-Park ist massiv beeinträchtigt**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4689 / A
9. Interpellation von Noëmi Feitsma, SP, und Miriam Schaub, Grüne, vom 8.11.2023, betreffend **Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern auf dem Schulweg**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4696 / A
10. Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 27.11.2023, betreffend **Überprüfung Gebühr für Angestellten-Parkkarten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4699
11. Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Christian Jucker, GLP, vom 23.1.2024, betreffend **Überbordende Knallerei stoppen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4711

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 45 vom 20. März 2024

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates
Allschwil**

René Amstutz

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

René Amstutz, Präsident: Geschätzte Anwesende, nehmt Platz, damit wir beginnen können. Sehr gut. Willkommen an der Plenarsitzung vom 20. März 2024. Es haben sich Jörg Waldner, Melina Schellenberg, Matthias Häuptli, Miriam Schaub, Ueli Keller entschuldigt. Verspätungen haben Simon Trinkler, Olivier Waldner, Florian Spiegel, Claudia Sigel und Lucca Schulz, und Astrid Kaiser, wie mir gerade mitgeteilt wurde. Somit kommen wir zur Präsenzkontrolle, Herr Spinnler, bitte.

Besten Dank. Wir kommen zu den Mitteilungen des Präsidenten. Ich habe vier kleine Mitteilungen. Ihr habt gesehen, auf dem Tisch habt ihr gelbe oder blaue Abstimmungszettel. Wir versuchen, die Stimmzähler zu unterstützen und hoffen, dass es klappt. Einer wird die blauen zählen und der andere wird die gelben zählen. Also streckt sie hoch und lange genug, damit man sie sieht. Ich hoffe, dass das klappt. Während der Beratung bitte ein wenig Ruhe und wenn ihr aus dem Saal geht, bitte euch bei Ruedi Spinnler melden, damit er weiss, wie viele bei den Abstimmungen abwesend sind. Das ist auch eine Unterstützung für die Stimmzähler. Bitte auch nicht während der Beratung und der Sitzung essen. Dafür haben wir eine Pause. Und, wir haben es schon mehrmals erwähnt, am Schluss bitte den Saal zügig verlassen, damit man ihn abschliessen kann.

Weil eine eingereicht wurde, kommen wir zur **dringlichen Interpellation**, die eingereicht wurde. Das ist das

Geschäft 4725, dringliche Interpellation vom 18. März 2024, von Corinne Probst-Gadola, Die Mitte, betreffend **Entgeltung der vom Schulrat angeordneten und von der Schulleitung der Primarstufe Allschwil geleisteten Überzeit**.

Möchte Corinne Probst etwas dazu sagen, hauptsächlich zur Dringlichkeit?

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zur Interpellation: Sie wurde deshalb eingereicht, weil mir zu Ohren kam, dass die Schulleitung auf Anordnung des Schulrats seit November Überzeit geleistet hat, und diese gerne ausbezahlt haben wollte. Es ging um die Monate November und Dezember 2023. Vielleicht muss man noch vorausschicken, dass die Schulleitung im Moment mit 210 Stellenprozent unter dotiert ist. Es fehlen zwei Vollzeitstellen, also

zwei Vollzeitstellen Schulleitung, welche auch bis jetzt nicht besetzt werden konnten. D. h. die verbleibenden Schulleitungsmitglieder erledigen eigentlich noch zusätzlich die Arbeit von zwei Schulleitungsmitgliedern. Daher hat auch der Schulrat angeordnet, dass sie Überzeit leisten sollen. Dann ging es um die Auszahlung. Der Gemeinderat gab einen abschlägigen Entscheid, dass diese Überzeit nicht ausbezahlt wird. Offenbar soll sie kompensiert werden, was ziemlich schwierig ist, wenn man in der Schulleitung mit 210 Stellenprozent bereits unter dotiert ist und dann auch noch kompensieren soll. Das ist das Eine. Auf der anderen Seite stellt sich natürlich ganz allgemein die Frage: Wenn Überzeit angeordnet wird, darf man auch davon ausgehen, dass sie ausbezahlt wird. Es ist natürlich sehr frustrierend, wenn einfach ein abschlägiger Bescheid kommt, wofür die Schulleitung gar nichts kann, denn sie hat nur auf Anordnung des Schulrats die Überzeit geleistet.

René Amstutz, Präsident: Corinne, ich möchte dich nicht unterbrechen, aber es geht um die Dringlichkeit.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Ja, also. Die Dringlichkeit wird dadurch begründet, dass im November und Dezember, wie zuvor erwähnt, zwei Monate lang diese Überzeit geleistet wurde, und dass da laut Gemeinderat keine Auszahlung stattfinden soll. Wir haben diese Unterdotierung noch immer. Sie wird sicher auch noch bis mindestens Ende Juni bleiben. Denn dann ist das Schuljahr vorbei und die Schulleitungsmitglieder oder auch Lehrpersonen kündigen für gewöhnlich immer erst auf das Ende eines Schuljahres. D. h. es ist nicht damit zu rechnen, dass diese Stellen heute oder bis zu den Sommerferien noch besetzt werden können. D. h. es wird weiterhin Überzeit geleistet. Es stellt sich ganz dringlich die Frage, wie geht man mit ihr um? Wie wird sie vergütet? Wie wird es abgegolten? Das ist das Eine. Auf der anderen Seite ist natürlich auch die Dringlichkeit deshalb gegeben, weil die Schulleitung auch sagt, wir ziehen uns aus gewissen Projekten zurück, wenn wir die Mehrarbeit, die wir leisten, nicht vergütet erhalten. Hier geht es um ernsthafte und dringliche Projekte wie die Schulraumplanung, bei der die Gefahr besteht, dass die Schulleitung, die meines Erachtens unbedingt involviert sein muss, sich zurückziehen wird. Das kann nicht im Sinn von irgendjemandem sein. Deshalb die Dringlichkeit. Merci.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit kommen wir zur **Abstimmung** über die Dringlichkeit. Es wird eine 2/3-Mehrheit benötigt, damit die Dringlichkeit gegeben wird. Nun muss ich genau schauen, dass ich blaue Karten auch sehe. Genau. Etienne Winter möchte sich äussern. Sorry.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Zur Dringlichkeit schnell. Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin etwas erstaunt, ich habe eben in die Runde geblickt, keiner von uns kennt diese Interpellation. Ich sehe aber auch wieder, es ist immer dasselbe Thema, was auf Maschine geschrieben ist, kann man innerhalb von zwei Sekunden allen senden. Dann hätte man es auch eine halbe Stunde vor der Sitzung anschauen können. In diesen Fällen habe ich mich bisher immer enthalten und werde es auch zukünftig tun, egal was für ein Inhalt. Ich finde es mega schade. Schickt es vorher, ihr könnt es doch vorher schreiben. Übrigens schreibe ich soeben etwas. Schaut es euch an. Vielleicht bin ich hier der Einzige. Ich weiss auch nicht, ob der Gemeinderat Kenntnis davon hat. Ich finde es einfach schade, etwas als dringlich zu erklären, wenn ich es zuvor nicht lesen konnte. Merci.

René Amstutz, Präsident: Danke. Pascale Uccella hat sich noch gemeldet.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss Etienne Winter recht geben. Es ist schade, dass wir es zuvor nicht gesehen haben. Ich finde aber trotzdem, dass man die Dringlichkeit geben muss. Von unserer Seite wird es sicherlich so sein. Denn ich finde, es ist ein wichtiges Thema. Ich fände es schade, wenn sich bei einem so wichtigen Thema jemand enthalten würde. Danke.

René Amstutz, Präsident: Danke. Sodann Corinne Probst-Gadola.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Nur noch rasch bezüglich dem, dass es nicht verteilt wurde. Ich habe es am Freitag auf der Gemeindeverwaltung abgegeben und ging davon aus, dass sie verschickt wird. Nicole Müller hat mir dann heute geschrieben, dass es nicht verschickt, sondern aufgelegt wird. Ich bin offen gestanden, ich hatte noch anderes, nicht dazu gekommen, es noch schnell zu versenden, sorry.

René Amstutz, Präsident: Danke für diese Präzisierung. Henry Vogt hat sich auch gemeldet.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich weiss nicht ... zu diesem Thema ..., sind wir als Einwohnerrat überhaupt befugt, der Schulleitung Überstunden auszahlen zu lassen? Ist das die Aufgabe des Einwohnerrats oder sollte es irgendwo in einem Reglement stehen? Können wir das hier überhaupt entscheiden? Kann darauf jemand eine Antwort geben?

René Amstutz, Präsident: Also, abschliessend ist die Antwort nicht, aber es ist eine Interpellation. Wir beschliessen also nichts. Wir stellen Fragen. Okay. Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Somit kommen wir zur **Abstimmung** über die Dringlichkeit. Ich erwähne es noch einmal, es benötigt eine 2/3-Mehrheit. Wer dafür ist, die **Interpellation mit Dringlichkeit** einzureichen, zu überweisen, soll das jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Eine 2/3-Mehrheit wäre bei 20 Stimmen, und mit 21 Ja, 7 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen ist die Dringlichkeit gegeben.

Somit wird der Gemeinderat nach der Pause eine Antwort auf diese Interpellation geben.

René Amstutz, Präsident: Es wurden keine weiteren dringlichen Vorstösse eingereicht. Aber ein weiterer Vorstoss wurde eingereicht. Das ist das

- **Postulat**, Geschäft 4726 vom 20. März 2024 von Noëmi Feitsma, SP-Fraktion, und Miriam Schaub, Grüne, betreffend **Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern auf Kantonsstrassen**

Wir kommen zur Bereinigung der **Traktandenliste**. Ich stelle fest, dass sie rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Ja, das ist der Fall, Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Weil Matthias Häuptli heute nicht anwesend ist, möchten wir sein Traktandum, *kompetenzgerechte Aufgabenteilung II: Baubewilligungen*, gerne auf das nächste Mal verschieben.

René Amstutz, Präsident: Gut, ich schlage vor, wir stimmen über diesen Änderungsantrag ab. Dazu benötigt es ein einfaches Mehr. Wer dafür ist, dass dieses Traktandum, es ist Traktandum 3, abzusetzen, soll es jetzt mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Dieses Geschäft wurde einstimmig abgesetzt.

Gibt es weitere Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste mit dieser Änderung genehmigt. Wir kommen zum ersten Traktandum.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle des zurückgetretenen Swen Wyss, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)

Wahlvorschlag: Patrick Kneubühler, Geschäft 4716

René Amstutz, Präsident: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Liegen weitere Nominierungen vor – habe ich gerade gefragt. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Patrick Kneubühler in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Kultur und Soziales, anstelle der zurückgetretenen Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Matthias Häuptli, Geschäft 4723

René Amstutz, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Matthias Häuptli in stiller Wahl gewählt.

Wir kommen zum neuen Traktandum 3, das ist das ehemalige Traktandum 4.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Postulat von Christian Jucker, GLP, vom 13.6.2023 betreffend
Kompetenzgerechte Aufgabenteilung I: Steuerveranlagungen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4680

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist: zuerst die antragstellende Person, Christian Jucker, Vizepräsident Franz Vogt, Fraktionssprecher und Rednerliste. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat als Erstes die antragstellende Person. Ich erteile das Wort an Christian Jucker.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich muss vielleicht doch kurz ausholen, worum es in diesem Postulat eigentlich geht. Es ist zentral, dass die Gemeinde Aufgaben erledigt, welche auch wirklich gemeindespezifisch sind. Also dort, wo etwas geschieht, was in Allschwil ist und nicht auch auf Kantonsebene laufen kann. Oder man kann durch Effizienz relevante Kosten sparen. Weiter soll die Gemeinde aber so schlank wie möglich organisiert sein. Wir sollten nicht Dinge tun, welche man auf anderer Ebene effizienter oder günstiger tun könnte und keinen Bezug zu Allschwil haben. Dies trifft meines Erachtens für die Veranlagung der Steuern nicht zu. Das ist nicht Allschwil spezifisch, das ist nichts, was die Gemeinde selbst tun muss. Es gibt kein Allschwiler Steuergesetz oder Steuerverordnungen oder Steuerberichte oder was auch immer. Es ist kantonal oder bundesweit geregelt.

Zudem ist es wichtig zu sagen, dass die juristischen Personen und natürlichen Personen mit komplizierteren Steuerveranlagungen bereits heute durch den Kanton gemacht werden. Nun hat der Gemeinderat verschiedene Gründe, möchte das Postulat nicht entgegennehmen. Einer der frappierenden Gründe ist, dass, wenn die Veranlagung zum Kanton gehen würde, man weniger Geld einnehmen würde. Das hat mich nicht ruhen lassen, und ich habe dann auch mit der Steuerverwaltung Basel-Landschaft gesprochen, welche dieses Argument doch sehr verwundert entgegengenommen hat. Denn es gibt für dieses Argument keinerlei Daten oder Erfahrungswerte. Es hat mir bestätigt, also der Kanton hat gesagt, es gibt einzig Untersuchungen des Bundes oder der kantonalen Steuerverwaltung betreffend Qualität der Steuerveranlagungen. D. h. die kantonal erhobenen Steuern sind näher an der Gesetzgebung erfasst als jene der Gemeinde. Das sind die einzigen Daten, welche der Kanton hat. Es gibt keine Daten betreffend Steuererträgen. Also ist bei einer Verlagerung von der Gemeinde zum Kanton ein Steuerverlust zu befürchten oder ist es wahrscheinlich summa summarum derselbe Betrag.

Wie man kürzlich auch in den Zeitungen lesen konnte, sind unterschiedliche Gemeinden diesen Weg schon vor uns gegangen, z. B. Münchenstein. Dort habe ich auch mit dem Gemeinderat intensiv diskutiert, wie sie es gemacht haben. Ich glaube, die dortigen Erfahrungen sind schon bedeutungsvoll. Einerseits, wenn ich zur SP blicke, musste keinerlei Personal entlassen werden, als man die Steuerveranlagungen zum Kanton verschoben hat. Für alle Leute wurde eine Anschlusslösung gefunden. Entweder sie wurden selbstständig oder sie gingen zum Kanton oder fanden einen neuen Arbeitgeber.

Es gab Einsparungen von bis zu 350'000 Franken. In der Grösse von Allschwil wären das 400' bis 500'000 Franken, ohne jeglichen Abbau von Dienstleistungen der Gemeinde. Der Übergang sei professionell und einfach gewesen. Die Bürger haben davon nichts bemerkt; es gab keine speziellen Fälle, dass etwas verloren ging oder z. B. plötzlich der Veranlagungsstand tiefer gewesen wäre oder Bürger sich beschwert hätten. Ein weiterer Bereich, der im Speziellen für Münchenstein wichtig war: Als es richtig schwierig wurde, Personal zu finden, hat man ihn nicht mehr in der eigenen Gemeindeverwaltung. Dadurch ist sie ein weiteres Problem los, nämlich qualifizierte Leute anzustellen.

Deshalb kann ich die Ablehnung eigentlich nicht wirklich nachvollziehen. Es fehlen mir vertiefte Fakten, was es bedeutet. Einerseits was bedeutet es kostentechnisch für die Gemeinde, wenn man es verlagern würde? Wie viel Geld könnten wir sparen und gibt es überhaupt noch sonstige Gründe, welche dagegensprechen? Deshalb möchte ich Sie doch bitten, das Postulat entsprechend zu überweisen, damit wir die Details alsdann in einer gesammelten Antwort des Gemeinderats erhalten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Christian Jucker. Das Wort hat Gemeindevizepräsident, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörer. Der Gemeinderat hat im 2017 eine Auslagerung an das Dienstleistungszentrum Leimental geprüft und abgelehnt. Wir sind überzeugt, dass die heutige Form alle Anspruchsgruppen am besten berücksichtigt. Ein Mehrwert bei einer Auslagerung war nicht ersichtlich und ist auch heute nicht ersichtlich. Eine Kostenreduktion könnte sich allenfalls, oberflächlich gesehen, ergeben.

Zu den Details der Interpellation. Es wird gesagt: *«... keine gemeindespezifischen Eigenheiten oder Ermessensspielräume, die eine Veranlagung auf Ebene der Gemeinde bedingen.»*

Wir meinen, es gibt sie. Z. B. bei der Rechnungslegung, vor allem aber im persönlichen Kontakt. Dieser ist wichtig und wird auch rege genutzt. So haben wir 1750 Schalterkunden pro Jahr. Das ist sicher auch dem Umstand geschuldet, dass immer noch 2'000 Steuererklärungen von Hand ausgefüllt werden, und das Thema, wie vom Postulanten erkannt, sehr komplex ist.

Im Weiteren wird gesagt: *«Automatisierung und Digitalisierung des Prozesses braucht es eine gewisse Grösse und Organisation, die von der Gemeinde nur bedingt gestellt werden kann.»*

Selbstveranlagende Gemeinden geniessen dieselbe Automatisierung und Digitalisierung wie der Kanton. Dasselbe gilt für den automatischen Informationsaustausch, Druckaufträge oder den Postversand. Die Gemeinden stehen dem Kanton in nichts nach. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Gemeinden und der Kanton mit derselben Infrastruktur arbeiten.

«Verschiedene Gemeinden, z. B. Münchenstein, haben die Veranlagung bereits an den Kanton ausgelagert.»

Meistens sind es aber kleine Gemeinden. 37 davon haben die Steuerveranlagung ausgelagert. Diesen verrechnet der Kanton 35 Franken pro Steuerveranlagung, während er den selbst veranlagenden Gemeinden, z. B. Allschwil, 35 Franken pro Veranlagung vergütet. Diesen Betrag legt allein der Regierungsrat fest. Eine Preisanpassung nach oben ist zu erwarten.

«... könnten damit Geld sparen ...»

Genau. Die Gemeinden und der Kanton haben aber unterschiedliche Ansätze bei der Bearbeitungstiefe einer Veranlagung. Das ist das, was Christian Jucker zuvor angedeutet hat. Entgegen der Aussage des Petitionärs bleibt ein gewisser Spielraum, der einen direkten Einfluss auf die Qualität und entsprechend auch auf die Quantität hat. Während der Kanton pro 100%-Stelle ca. 3'000 Veranlagungen pro Jahr bearbeitet, sind es auf der Gemeinde ca. 2'000 Veranlagungen pro Jahr. Diese Differenz kann nachweislich auf die Bearbeitungstiefe, nicht aber auf die Qualität der Mitarbeitenden zurückgeführt werden. Ein Verzicht auf die heutige Praxis bzw. eine Beschleunigung der Veranlagung dürfte bei einem Steuervolumen bei den natürlichen Personen von 60 Mio. Franken nicht unbemerkt bleiben. Vielmehr könnte eine signifikante Reduktion der Steuereinnahmen in Allschwil nicht ausgeschlossen werden. Wie der Postulant sagt, die Zahlen sind nicht verfügbar und werden es in diesem Sinne auch nie sein.

«... die Qualität und Geschwindigkeit der Veranlagung verbessern ...»

Die Fachpersonen der Gemeinde unterscheiden sich von den dafür zuständigen Fachpersonen beim Kanton weder in der Grundausbildung noch in der Weiterbildung. Jährliche, kantonale Schulungen

werden zusammen mit den Fachpersonen der Gemeinden durchgeführt. Es ist zu erwähnen, dass die kantonale Steuerverwaltung in kurzen, regelmässigen Abständen die Verlagerung ihrer Verarbeitungsqualität überprüft. Dabei gibt es bisher keinerlei Beanstandungen. Ganz im Gegenteil, die Prüfer attestieren der Steuerverwaltung Allschwil eine stets hohe Qualität der bearbeiteten Fälle.

Nicht zuletzt bietet die Gemeinde zeitgemässe Arbeitsplätze. So in der Abteilung Steuern. Mitarbeiter sind sehr motiviert, haben Freude an ihrer Tätigkeit. Bedenken Sie, dass die Überweisung dieses Postulats auch Ängste beim Personal auslösen könnte. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat nicht entgegenzunehmen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Nun wären nun die Redner der Fraktionen oder Rednerinnen der Fraktionen an der Reihe. Gibt es Wortmeldungen? Das Wort hat Lea van der Merwe und anschliessend Florian Spiegel.

Lea van der Merwe, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der FDP-Fraktion werden dieses Postulat definitiv überweisen wollen. Ich glaube, Christian Jucker hat es relativ gut ausgeführt und Franz Vogt hat mich persönlich auch bestärkt. Ich halte es für verwunderlich, ich glaube, dass man definitiv etwas einsparen kann, wenn die Leute aus dem Kanton 3'000 Personen bearbeiten und jene bei der Gemeinde nur 2'000. D. h. sie sind wohl etwas effizienter, zumindest höre ich es so heraus. Wir sind definitiv dafür, dass die Gemeinde es noch einmal prüft. Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Bei uns geht es in dieselbe Richtung. Es ist auch so, dass wir als Fraktion diesen Vorstoss selbst mal vor Jahren eingegeben haben, er damals leider bisher nicht durchgekommen ist. Wir hoffen, dass das heute anders wird. Dir, geschätzter Franz, muss ich ehrlich sagen, ich finde es etwas speziell. Denn ich habe mich genau aufgrund dieses Postulats, welches von Christian Jucker kam, auch noch einmal damit im Kanton auseinandergesetzt. U. a. mit, und dieser ist in Pension gegangen, dem langjährigen Steuerverwalter Peter Nefzger. Die Grundlagen, die du heute zum Teil hier genannt hast, oder besser gesagt, es sind gar keine Grundlagen; du hast doch gesagt, es ist meine Meinung oder das ist unsere Meinung. Das ist eben der Unterschied, eine Meinung und eine Grundlage sind zwei verschiedene Dinge. Es gibt keine einzige Gemeinde, welche die Steuerveranlagung zum Kanton gewechselt hat und dadurch danach Mindererträge bei den Steuereinnahmen hatte.

Ebenfalls wehrt sich der Kanton auch vehement dagegen mit dieser Aussage, dass die Bearbeitungstiefe nicht gleich sei. Man muss nämlich heute wissen, dass über 80 % von allen Steuerveranlagungen automatisiert sind. Die sind heute schon automatisiert. Die werden nur noch im Detail aufgetan, wenn durch das System Unregelmässigkeiten festgestellt werden. Das ist in dem Fall auf der Gemeinde auch schon so, denn ihr sagt, ihr arbeitet mit demselben System. Das war zuvor die Aussage. Also wäre das bei der Gemeinde auch schon so. Trotzdem. Item. Über 80 % sind heute bereits automatisiert und funktionieren auf diese Weise. Dieser Schritt wird weitergehen, erst recht mit dem Zukunftsprojekt, dem BL digital+, an dem man arbeitet. Es wird früher oder später ohnehin darauf hinauslaufen, dass die Bearbeitung der Dossiers noch mehr automatisiert wird und eine noch grössere Vereinheitlichung stattfindet und dass es eben gerade aus diesem Grund sinnvoll ist, dass es zentral abgehandelt wird.

Was Christian auch bereits erwähnte, ich glaube, dies darf man hier definitiv unterstreichen: Der Kanton übernimmt die Mitarbeiter der Gemeinden, wenn man es an den Kanton auslagert. Das hat er zuvor gesagt und es wurde auch so bestätigt, dass der Kanton die Mitarbeiter jener Gemeinden übernommen hat, welche die Veranlagung abgegeben haben. D. h. wir haben nebst der Kostenreduktion, was der Gemeinde weniger kostet, was nachweisbar berechenbar ist, hingegen ein Gespinnst, womit erzählt wird, dass die Tiefe nicht mehr tief genug sei und man deshalb mit immensen Steuerausfällen rechnen müsse. Also, ich muss sagen, das wurde noch nirgendwo belegt. Noch nie. Das ist einfach eine Meinung. Das ist nur eine Meinung, bei der man einfach sagt, es ist so. Deshalb muss ich auch sagen, wenn das wirklich so ist, Franz, dann seid doch für dieses Postulat. Es ist keine Motion. Dann seid doch für dieses Postulat und weist im Detail nach, dass das wirklich der Fall ist. Wenn ihr es im Detail nachgewiesen habt, belegt, dass es passieren würde, dann bin ich der Meinung, okay, dann können wir darüber diskutieren. Aber wenn euch die Grundlage dazu fehlt, bin ich der Meinung, ist es nicht richtig, heute hinzustehen und den Leuten erzählen zu wollen, wenn es der Kanton machen würde, würden aufgrund der Bearbeitungspraxis nachher horrenden Steuern fehlen. Ich erachte das für eine ganz dünne Grundlage, um dieses Postulat nicht überweisen zu wollen. Deshalb bin ich ganz klar

der Meinung, dass man es heute sehr wohl überweisen kann, dann kann man die Arbeit sehr wohl machen, dann kann man noch auf Grundlagen und nicht auf Meinungen entscheiden.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Das Wort hat Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Auch wir von der SP-Fraktion finden, allfällige 350'000 Franken Einsparungen ohne Stellenverlust für die Mitarbeitenden sehr schlagende Argumente, dass es mal überprüft werden soll. Wir sind deshalb auch dafür, dass die Interpellation überwiesen wird.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Noëmi Feitsma. Es ist ein Postulat und keine Motion. Gibt es noch weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprechern? Das ist nicht der Fall. Damit wäre die allgemeine Rednerliste eröffnet. Gibt es Wortmeldungen? Das Wort hat noch einmal Franz Vogt und anschliessend Mark Aellen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident. Natürlich sagt Herr Nefzger, es ist alles gut, wir sind gut. Die Antworten kennen wir. Es ist aber tatsächlich so, dass der Kanton eine Schwelle hat, und er sagt, er geht nachschauen und geht nicht unter diese. Wir haben eine andere Vorgehensweise. Noch einmal: Die 3'000 und 2'000 sind nicht auf das langsame Arbeiten durch die Leute zurückzuführen. Es ist auch nicht darauf zurückzuführen, dass man weniger automatisiert oder man weniger ausgebildet ist oder wäre, sondern es ist ausschliesslich auf die Philosophie zurückzuführen, dass man eben nicht weniger oberflächlich darüber geht. Natürlich wird das der Kanton als Vorwurf zurückweisen. Natürlich wird man es auch nach einer allfälligen Überweisung dieser Interpellation nicht schlüssig nachweisen können. Das ist vollkommen klar. Wir haben eben diese Vorgehensweise, von der wir überzeugt sind. Man darf nicht vergessen, man gäbe auch ein Stück Souveränität ab. Man könnte vielleicht, es wurde die Zahl 350'000 Franken erwähnt, einsparen. Es könnte aber sein, dass es eine kurzfristige Einsparung ist.

Ich habe nie von horrenden Millionenbeträgen gesprochen. Ich habe nur die Gesamtzahl der Einnahmen der natürlichen Personen gesprochen. Darin sind natürlich auch die selbstständig Erwerbenden und die schwierigeren Steuerveranlagungen enthalten, die auch ihren Anteil ausmachen. Genauere Statistiken hat man. Aber man darf nicht vergessen, man gäbe ein Stück Souveränität ab. Die Leute müssten nach Liestal nachfragen gehen, das, was heute geschieht, 1750 - man hat dies extra erhoben – Schalterkundenkontakte, die man hat, sprechen aus meiner Sicht eine deutliche Sprache. Und es ist nicht zu vergessen, der Kanton könnte relativ schnell, wenn er nicht mehr viele Gemeinden als «Konkurrenten» hat; wie ich es erwähnt habe, ist es nur der Regierungsrat, welcher die Höhe des Betrags festlegt. Wenn er ihn doch anhebt, sieht die Rechnung plötzlich anders aus. Man darf nicht vergessen, wenn man es mal ausgelagert hat, erhält man es nicht mehr zurück. Ich freue mich sehr für Münchenstein, dass sie gute Erfahrungen gemacht haben. Ich rate euch aber doch davon ab, dies zu tun. Deshalb empfiehlt euch der Gemeinderat, das Postulat – ja, Postulat, es kann natürlich keine Interpellation sein, Entschuldigung – das Postulat nicht zu überweisen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Das Wort hat Mark Aellen und anschliessend Niklaus Morat.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich könnte die Reihe jetzt noch vollmachen und die kleine Anfrage nennen, dann haben wir alles erledigt. Also, das Postulat erscheint durchaus als sinnvoll. Auch für mich persönlich. Was ich allerdings schade finde, ist, dass man sagt, man kann es allein aufgrund von Fakten basieren. Es gibt auch gewisse Argumente, welche eben nicht faktisch sind, sondern die mit dem Respekt des Einwohners zu tun haben. Wir haben gehört, die 1750 Anfragen. Da würde ich schon hoffen, dass in der Antwort, die kommen wird, es auch klarer werden würde, welcher Art diese Anfragen sind. Ein anderer Aspekt, den ich selbst für sehr bedeutungsvoll halte, ist die Veranlagungsquote, die wir haben. Wir sind traditionell sehr viel höher als der Kanton. D. h. wir wissen sehr viel besser, wie viel wir abgrenzen müssen. Wir sind immer noch so schlecht, dass, wenn wir abgrenzen, alle hier fröhlich überrascht sind, wenn die Zahlen doch nicht ganz stimmen und es dann sogar noch Leute gibt, die sagen, es kommt ohnehin besser, als wir geschätzt haben. Das sind Dinge, die wir in den Griff bekommen müssen. Wir bekommen es nicht in den Griff, indem wir die Veranlagungen herabsetzen. Wenn wir auf den Standard des Kantons zurückgehen, haben wir einfach schlechtere Einschätzungen. Dann müssen wir wieder damit leben. Das ist auch ein Aspekt, der in die Analyse einfließen muss. Dass man es regelmässig prüft, macht durchaus Sinn. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich werde mich, weil es ein Postulat ist, der Stimme enthalten. Eine Motion hätte ich glatt abgelehnt, aus zwei Gründen. Erstens habe ich selbst schon gute Erfahrungen mit persönlichem Austausch mit unserem Personal von der Steuerabteilung in Allschwil gemacht. Das Zweite, für mich beinahe noch wichtiger, ist die Frage des Personals. Man hat zwar zuvor erwähnt, die in Münchenstein haben überall Anschlusslösungen gefunden, zum Teil beim Kanton. Es sind nun 37 Gemeinden, welche es durch den Kanton erledigen lassen. Wenn wir als die grösste Gemeinde und beispielsweise Reinach oder Muttenz oder Pratteln es auch auf diese Weise erledigen lassen, kann der Kanton so viele Leute nicht aufnehmen und wahrscheinlich auch der freie Markt nicht. Ich mache mir ums Personal ein wenig Gedanken. Ja, ein Postulat ist noch nicht so gefährlich, wir erhalten Informationen. Ich kann es aber nicht guten Gewissen überweisen. Deshalb werde ich mich enthalten. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Niklaus Morat. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Überweisung des Postulats**. Wer das Postulat überweisen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das Postulat wurde grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen überwiesen. Einstimmig sogar. Besten Dank für die Präzisierung. Also einstimmig überwiesen bei 2 Enthaltungen.

Wir kommen zum nächsten Traktandum, dem ehemaligen Traktandum 3, d. h. zum neuen Traktandum 4.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Motion von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 18.4.2023 betreffend
Anpassung des Reklamereglements, Paragraph 14
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4665

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist die folgende: Zuerst die antragstellende Person, Nico Jonasch, dann Gemeinderat Christoph Morat, Fraktionssprecher, dann Rednerliste. Bitte meldet euch wieder beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat zuerst die antragstellende Person und somit Nico Jonasch.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke vielmals, dass ich das Wort ergreifen darf. Es ist nun doch beinahe ein Jahr her, seit ich sie eingegeben habe. Es freut mich doch sehr, wenn ich zu Beginn erwähnen darf, dass wir es heute bearbeiten können. Worum geht es oder wie kam es zustande? Die Ausgangslage für die Motion entstand eigentlich dadurch, dass mich mehrere Gewerbler aus dem Dorf auf die Situation, aus ihrer Sicht unhaltbare Situation angesprochen haben, dass sie auf ihrem eigenen Grund und Boden keine Werbung machen dürfen. Wir sprechen vom Dorfkern. Es ist doch klar, dass das Gewerbe zum Dorfleben beiträgt, es bereichert das Dorfleben und es ist auch gewollt, dass man das Gewerbe im Dorf hat. Es wurde bis anhin auch nicht anders gehandhabt, als dass es Werbung war, die mittels Fahnen oder sonstigen Transparenten angebracht wurde. Aus meiner und Ihrer Sicht ist es nicht störend, es stellt kein Sicherheitsrisiko dar, es beeinträchtigt den Verkehr in keiner Weise und hat bis anhin auch niemanden gestört. Es geht in dieser Motion nicht darum, dass man den Dorfkern, der aus meiner Sicht ein wunderschöner Dorfkern ist, zupflastert. Es soll kein Verschandeln des Dorfkerns sein, sondern es soll eine Möglichkeit sein, dass man es jenen, die bis anhin mit ihren Transparenten Werbung gemacht haben – das sind nicht sehr viele, wenn man durchs Dorf fährt, sind es nur ein paar Einzelne – weiterhin ermöglicht.

Zur Präzisierung möchte ich an dieser Stelle erwähnen, es steht auch nicht auf der Allmend, sondern steht auf eigenem Grund und Boden oder auf dem, den man gemietet hat. In den meisten Fällen wer-

den diese Transparente über Nacht reingeholt und nicht draussen stehen gelassen. D. h. dies ist auch ein Aspekt, der eigentlich dafürspricht. Wir haben den Beschrieb bewusst offen gelassen, damit die Gemeindeverwaltung einen Vorschlag anbringen kann, wie sie es ummodellieren wollen.

Weshalb eine Motion? Ich finde, die Motion ist insofern wichtig, damit sie nicht verschleppt und irgendwo in einem Eck liegengelassen wird. Weshalb sollen Gewerbler noch weitere sechs Monate warten, wenn man das Ganze in ein Postulat umwandeln würde? Zumal es im vergangenen Jahr war, als ich sie eingereicht habe und die Antwort auf Nicht-Entgegennahme eintraf. Mittlerweile sind bald zwölf Monate vergangen. Wenn man sie jetzt in ein Postulat umwandelt, vergehen wieder zwölf Monate, bis wir eine Antwort haben. Oder unter Umständen sogar länger, wie wir es schon bei anderen Postulaten gesehen haben. Ich denke, ich finde es nicht mehr als recht, dass, nachdem es eingereicht wurde und ein Jahr lang beraten werden konnte, man es als Motion stehen lässt, damit man dann einen gewissen Druck auf die Verwaltung ausüben kann, dass sie in dieser Situation eine Antwort geben. Besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Nico Jonasch. Das Wort hat Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte, lieber Nico. Wir müssen schon ein paar Dinge klarstellen. Natürlich ist das mit dem eigenen Grund und Boden ein, sagen wir mal ein Miniargument für gewisse Dinge. Wir haben aber ein Reklamereglement und wir haben ein Dorfzonenreglement und vor allem haben wir eine Verantwortung gegenüber dem einzigen, einzigartigen Sundgauer Dorfkern in der Schweiz. Es wurde gesagt, dass keine Werbung erlaubt sei. Das stimmt so einfach nicht. Ich habe ein paar Beispiele mitgebracht, welche klar aufzeigen, dass es durchaus möglich ist, innerhalb der Reglemente eine gute und einigermassen in die Dorfzone passende Reklame stattfinden kann und durchaus erlaubt wird.

Ich bitte ums erste Bild, Jean-Jacques Winter. Erlaubt sind z. B. Schriften an den Giebeln oder an den Fassaden. Das ist ein ausgezeichnetes Beispiel eines Lokals, das es heute leider nicht mehr gibt. Heute sind das, so glaube ich, Appartements oder Wohnungen. Das war tatsächlich möglich und war jahrzehntelang ein erfolgreiches Restaurant. Das zweite Bild bitte. Das ist eine Liegenschaft an der Oberwilerstrasse. Da gibt es zwei Restaurationsbetriebe, die heute noch funktionieren. Diese vorhandene Werbung ist innerhalb des Reklamereglements zulässig. Das dritte Bild, bitte. Ein sehr prominenter Ort gleich am Dorfplatz, eine Bäckerei, welche auf ihrem Schaufenster den Namen ihres Betriebs geschrieben hat. Auch das ist zulässig. Das nächste Bild bitte. Ein Coiffeursalon mit einer vielleicht natürlich ein wenig besonderen Verantwortung. Aber auch das ist absolut zulässig, was ausgeführt wurde. Ihr seht, es gibt viele Beispiele, wie man Werbung stilvoll und dem Dorfkern angepasst anbringen kann. Das nächste Bild bitte. Auch dies ist ein Laden und Café direkt am Dorfplatz, absolut zulässig. Bitte das nächste Bild. Sogar die Rückseite des Tramhäuschens ist zugelassen. Es ist absolut möglich, dass man so etwas tun kann. Nächstes Bild – ich bin gleich fertig – mit den guten Beispielen. Hier haben wir einen Spezialfall. Zum Teil ist es zulässig und zum Teil hat es der Gemeinderat bewilligt. Und zwar ist das Postschild genau genommen so nicht zugelassen, das Milchhüsli selbst ist zugelassen. Das Postschild aber hat der Gemeinderat durch einen speziellen Beschluss gestattet, weil es ein wichtiger, öffentlicher Bereich ist, also ein übergeordnetes Interesse besteht. Das letzte Bild vielleicht noch: Auch hier entspricht es eigentlich nicht dem Reklamereglement. Aber auch hier hat der Gemeinderat vor langer Zeit ein übergeordnetes Interesse ausgemacht und es bewilligt.

Nun kommen die nicht so schönen Sachen. Eine solche riesige Blache auf einem Bauabsperrgitter ist nicht zulässig. Dieser Unternehmer hat auch nie auf der Gemeinde nachgefragt. Wir haben auf der Gemeinde Spezialistinnen und Spezialisten, die Hand bieten können zu Sachen, die im Dorfzonenreglement und im Teilzonenplan Dorfkern zulässig sind. Dies ist es nicht. Das nächste Bild: Ich weiss nicht, ob sich der Autofahrer von diesem schönen Bild ablenken lässt, wenn er kurz danach einen Fussgängerstreifen hat, auf dem man den Dorfplatz überquert. Auch dieses Bild ist leider nicht zulässig. Noch das Nächste. Das Anbringen von Blachen an einem Gartenhag in dieser Grösse ist leider auch nicht zulässig. Das Nächste bitte. Dies ist nun ein Schaufenster, wie man es nicht tun sollte. Das nächste Bild bitte. Auch dies, an einer geschützten Liegenschaft eine Blache einfach aufzuhängen, ohne dass man sich erkundigt, was überhaupt möglich ist, ist leider nicht zulässig und entspricht nicht dem Reklamereglement. Das nächste: Für diese Blache, die einfach an einem Gartenhag hängt, gibt es auch keine Bewilligung; es entspricht nicht dem Reklamereglement. Das nächste Bild – ja, noch zwei, also machen wir schnell. Das ist ein Blumengeschäft. Auch hier ist die Frage gestattet. Wir hatten vor Jahren mal gesagt, an diesem Dorfplatz wird ringsum an den Geländern keine politische Werbung gehängt. Hier ist es eine Werbung für einen amerikanischen Brauch, der sich langsam auch in

der Schweiz nach etwa 50 Jahren festgesetzt hat. Aber auch dies ist leider nicht zulässig. Noch zum letzten Bild: Dies geht unter die Rubrik Kurioses. Kein Mensch weiss, weshalb auf dieser schönen Holzvertäfelung ein altes Emailleschild aufgehängt werden muss. Es bräuchte eigentlich eine Bewilligung, ist so nicht zulässig.

Sie sehen, meine Damen und Herren, das Problem ist vielfältig. Es ist nicht so, dass Werbung nicht gestattet ist. Es gibt immer wieder Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich auch tatsächlich mit der Verwaltung darüber unterhalten, was möglich ist und wo können wir etwas tun. Es findet sich immer einen Weg. Es ist dem Gemeinderat absolut klar, dass das Dorfzonenreglement – übrigens, man müsste diesen Paragraphen auch überarbeiten, es ist nicht nur § 14 des Reklamereglements, sondern es ist auch § 10 des Teilzonenreglement Dorf, der auch eine Bestimmung enthält – dies würde dem diametral widersprechen. Der Gemeinderat weiss nicht genau, wie er nun mit diesem § 14 umgehen soll. Es ist uns klar, wir möchten keinen Ballenberg. Wir möchten aber auch keinen Wildwuchs an Reklamen jeglicher Art, die mehr oder weniger unmotiviert an Gartenzäunen gehängt werden, an Bauzäunen befestigt werden, die man vor die Liegenschaft stellt etc. Übrigens steht das Eine auch halb auf öffentlichem Grund.

Demzufolge bitten wir den Motionär wirklich, es in ein Postulat umzuwandeln. Der Gemeinderat wird sich, sobald das Zonenreglement Siedlung im Verlauf dieses Jahres abgeschlossen ist, an die Überarbeitung des Dorfzonenreglements machen. Uns ist klar, dass es im Dorfzonenreglement und im Dorfzonenplan Handlungsbedarf gibt. Aus diesem Grund möchten wir das Postulat zusammen mit dem Dorfzonenreglement, an dem die Arbeitsgruppe Dorfkern bereits arbeitet, abfassen. Deshalb bitten wir, es in ein Postulat umzuwandeln. Als Postulat würden wir es sehr gerne entgegennehmen. Wie zuvor erwähnt, auf der Gemeindeverwaltung gibt es Leute, die sich auskennen, gibt es Leute, die das Reglement kennen, und jedem Unternehmer, der das Gefühl hat, er möchte eine Werbung anbringen, wird geholfen. Es wird nicht einfach nur verhindert. Das ist mir ein ganz wichtiger Punkt. Es geht nicht darum, etwas zu verhindern. Wir haben eine Verantwortung für diesen Dorfkern. Wenn wir das Reklamereglement so abändern würden, wie es im Sinn von – ich weiss nicht einmal, ob es in deinem Sinn ist, Nico – gewissen Unternehmen ist, können wir es genauso gut bleiben lassen. Ich bitte wirklich um ein Postulat. Dann würden wir es auch entgegennehmen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Nun wären die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen an der Reihe. Deshalb meine Frage: Gibt es Wortmeldungen? Ich erteile das Wort an Niklaus Morat.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich mache es kurz. Unsere Fraktion folgt dem Gemeinderat in der Argumentation, dass die Reglemente überarbeitet werden. Deshalb bitten wir den Motionär, das Anliegen in ein Postulat umzuwandeln. Dann können wir damit leben. Eine Motion werden wir nicht überweisen. Vielen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Nico Jonasch.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal kurz präzisieren. Die Fotos, die wir zu Beginn gesehen haben, sind schön und gut. Ich weiss zwar nicht, was schön ist, wenn man an alten Häusern fix installierte Schriftzüge montieren darf. Aber okay, das ist ein anderes Thema. Es geht effektiv nur um die mobilen Werbeträger. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen. Das Zweite, was erwähnt wurde, von wegen es würde auf der Gemeinde Hand geboten, um eine Lösung zu finden. Wenn ich die Mails gelesen habe, die man den Unternehmern gesandt hat, stehen da alles andere Aussagen, als dass man Hand bieten würde. Es wurden Drohungen von Bussen ausgesprochen und nicht, man suche den gemeinsamen Konsens. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal erwähnt haben. Zudem würde mich wundernehmen, wo denn bezüglich der mobilen Werbeträger steht, dass sie nicht erlaubt sind.

Und das Dritte, was ich noch sagen wollte: Das Schild gehört zu einem Automuseum. Das muss man hier einfach mal gesagt haben. Es gibt Leute in der Gemeinde Allschwil, die haben Freude an alten Autos. Die nehmen einen uralten, verfallenen Stall und bauen ihn auf eigene Kosten um, unterstützen damit wiederum das Gewerbe in Allschwil, machen aus einer alten Scheune auf drei Stockwerken ein Museum, welches nicht öffentlich zugänglich ist, aber trotzdem eine tolle Sache ist. Da frage ich schon, weshalb man sich an einem Emblem, welches vorn dranhängt, weder störend wirkt noch sonst etwas, weshalb man sich daran stören kann. Man kann es auch immer ein wenig an den Haaren beziehen.

Dann habe ich noch das Letzte, was ich erwähnen möchte, betreffend das Schild, das man sieht, wenn man Richtung Dorfplatz fährt, was sich an einem Bauzaun befindet, der beim Lüthi steht. Das Schild nimmt man wahr, der Fussgängerstreifen, also man verliert die Sicherheitsrelevanz des Fussgängerstreifens nicht, man nimmt ihn einfach in den peripheren – peripheren Blickwinkel nennt man das – wahr und auf. Ich glaube nicht, dass deswegen ein Unfall passieren sollte. Wenn das der Fall sein sollte, würde mich wirklich wundernehmen, wie viele Unfälle oder wie viele sicherheitsrelevante Probleme wir im Dorfkern wegen solcher mobilen Werbeträger haben. Das würde mich dann auch noch interessieren.

Das Letzte ist wirklich auch noch einmal zu sagen, ich kann es echt nicht verstehen, dass man so viel Zeit investiert, um all diese Leute anzuschreiben und sich auf der Verwaltung dementsprechend darüber enerviert. Ich glaube, es gäbe noch ganz andere Probleme als das, welche man in dieser Gemeinde angehen müsste. Ich bitte daher den Rat, meinem Anliegen zu folgen. Ich werde es nicht in ein Postulat umwandeln. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Nico Jonasch. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Das ist nicht der Fall. Sodann wäre die allgemeine Rednerliste eröffnet. Gibt es Wortmeldungen seitens des Rats? Das Wort hat Mark Aellen und anschliessend Florian Spiegel.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich bin nun über ein paar Dinge gestolpert. Z. B. dass der Motionär fragt, wo steht es überhaupt, dass es verboten ist, gleichzeitig aber fordert, man müsse § 14 überarbeiten. Das ist in sich widersprüchlich. Was mich sehr irritiert, ist die typische Frage. Man macht ein Reglement und hofft darauf, dass niemand es prüft. Wenn es geprüft werden soll, ja nicht nach einer Busse fragen, obwohl es eigentlich im Reglement vorgesehen ist. Wenn man ein Reglement hat, muss man es umsetzen. Es ist eigentlich schade, dass sie so lange hatten, es richtig umzusetzen. Das ist doch logisch, dass man dann anfragen und sagen muss, hey hallo, ihr verstösst eigentlich gegen diese Sache und wir warnen euch sogar noch im Voraus. Ich selbst habe den Brief natürlich nicht gelesen, aber man kann doch nicht einfach argumentieren, man dürfe nicht beginnen, die Leute zu büssen, wenn sie sich nicht ans Reglement halten. So kann es nicht sein.

Wir haben zuvor nach objektiven Grundlagen gefragt. Wenn man dann argumentiert, ich glaube nicht, dass ein solches Schild ablenkt, ist es nicht objektiv. Also sorry, Unfallgefahr durch Ablenkungen kennen wir. Plakate sind eine davon, vor allem wenn sie zu nahe an der Strasse stehen, vor allem wenn sie zu nahe an kritischen Übergängen stehen. Das alles ist nicht so ganz schlüssig. Insofern bin ich auch nicht dafür, dass man so etwas als Motion überweist, sondern bestenfalls als Postulat.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Florian Spiegel und anschliessend Christian Jucker.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann beide Seiten verstehen, muss aber ganz ehrlich sagen, wenn man es betrachtet, ich halte die ganze Situation für etwas unglücklich. Ich finde es auch, offen gestanden, ein wenig unglücklich. Ich weiss, du hast es bestimmt gut gemeint, Christoph, dass du es uns bildlich darstellen wolltest. Ich finde es trotzdem ein wenig unglücklich, wenn man im Einwohnerrat sitzt und öffentlich präsentiert, wer schlechte und wer gute Werbung macht. Da muss ich sagen, das finde ich nicht zielführend. Statt deinen Input nun im Rat hier öffentlich zu geben, wer es gut macht, wer es nicht gut macht, hätte ich in dieser Art und Weise darauf verzichtet. Womit ich sicher einverstanden bin, ist, dass, wenn wir diese Fälle haben, glaube ich, es deshalb auch wichtig ist, dass man es überarbeitet und anschaut. Es ist doch wirklich unsinnig, das ist es, was du sagst, es geht natürlich nicht darum, dass wir sie büssen müssen. Aber es ist unsinnig, wenn wir die Grundlagen haben, durch welche wir eigentlich wissen, wie man es machen sollte und nicht machen sollte, und das dann mehr oder weniger einfach vor sich hin platscht. Die einen halten sich nicht daran und es ist okay, und andere halten sich vielleicht daran, weil sie das Gefühl haben, man müsse, und dadurch letztlich benachteiligt sind. Ich glaube, man muss sicher über die Bücher und eine Regelung finden, die allgemein verträglich ist.

Womit ich auch einverstanden bin, ist, ich habe das schon gehört, wie auch, dass ich sagen muss, ich habe diesen Brief nie gesehen. Ich habe aber auch schon Rückmeldungen erhalten, dass die Art und Weise manchmal sehr forsch sei, wenn dann doch mal was kommt. Da würde ich wirklich beliebt machen, dass wenn man es doch in die Finger nimmt, dann halt wirklich nicht vielleicht in diesem Sinn gleich auf sie zugeht, Sie wissen, es ist verboten, bla bla bla ..., sondern dass man sich dort, und man

hat es zuvor von Franz gehört, dass wir dem Einwohner auch einen Dienst leisten will, soll man doch dort dann wirklich persönlich auf die Leute zugehen und sie vielleicht zuerst abholen, indem man sagt, ist euch überhaupt bewusst, dass eigentlich gemäss dem Reglement, das wir haben, es so und so, und so nicht zulässig ist. Jetzt besteht die Möglichkeit, wir müssen eine gemeinsame Lösung finden, um es so hinzubekommen, damit es für beide Seiten stimmt. Ich glaube, das muss das Ziel sein, wo wir hinwollen, denn viele Unternehmer, die wir in unserem Dorf haben, es sind doch nicht mehr so viele, wollen wir in gewisser Hinsicht auch behalten, weil sie für unser Dorfleben wichtig sind, sowohl auch als Unternehmer und Steuerzahler wichtig sind. Ich denke, das Ziel muss sein, egal ob Motion oder Postulat, dass man nun nicht in absoluter Endgültigkeit auf etwas drückt, sondern dass man gemeinsam eine Lösung findet, die für beide Seiten verträglich ist, die man dann aber auch sinnvollerweise umsetzen kann und auch umsetzt.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Florian Spiegel. Das Wort hat Christian Jucker und anschliessend noch einmal Gemeinderat Christoph Morat.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Eigentlich wollte ich es noch als Fraktions-Statement bringen. Wir haben es auch lange diskutiert und auch lokale Gewerbe sind auf uns zugekommen und haben sich auch über die Interaktion mit der Gemeinde beschwert. Es scheint zum Teil schon sehr ungut gewesen zu sein, in beide Richtungen, zum Teil also scheint es unterschiedliche Ansichten zu geben. Ich meine, für uns ist beides wichtig. Die lokalen Geschäfte müssen auf sich aufmerksam machen können. Andererseits ist für uns die Motion zu fix, zu hart gehalten, weil man einfach mobile Werbeträger ermöglicht. Es steht weder, ob man sie hineinnehmen muss, noch wie gross sie sind, welches Ablenkungspotenzial sie haben, wo genau sie stehen, wie lange sie stehen etc. Deshalb hätten wir eigentlich beliebt gemacht, wenn man es in ein Postulat umwandeln würde. Ich weiss nicht, ob du dich noch überzeugen lassen würdest, es doch in ein Postulat umzuwandeln; dann hättest du bestimmt von uns die ganze Fraktion dabei. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön, Christian Jucker. Das Wort hat Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzte Anwesende, Florian Spiegel. Ich muss mich entschuldigen, dass ich zuvor vielleicht nicht deutlich war. Ich habe eine Liste gezeigt und nicht gesagt, das ist gut oder das ist schlecht. Sondern es entspricht dem Reglement oder es entspricht nicht dem Reglement. Ich habe objektiv versucht, so viel Objektivität wie möglich einzubringen. Es tut mir leid, dass es nicht direkt beim ersten Mal geklappt hat. Aber es ist nicht meine persönliche Meinung, was gut oder schlecht ist, oder dass es etwa eine Meinung ist, die auf der Verwaltung vorherrschend ist.

Zu den Kontaktaufnahmen mit den verschiedenen Gewerbetreibenden, welche die Werbung anbringen möchten: Ich weiss nicht, ob alles überall an demselben Ort übereinstimmend erzählt wurde. Ich weiss von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie zuerst auf diese Leute zugehen und man dann sagte, nichts da, es muss so bleiben. Daraufhin gab es dann ebendieses Mail. Es wird oftmals auch nicht alles erzählt. Jeder von uns stellt sich meistens am liebsten in ein gutes Licht. Ich glaube nicht, dass eine Verwaltung von Beginn weg mit derartigen Forderungen oder Drohungen auf die Leute zugeht, sondern man suchte das Gespräch; es ist zumindest mir so bekannt, dass man zuerst das Gespräch gesucht hat. Noch einmal: Dem Gemeinderat ist klar, dass Handlungsbedarf im Dorf vorhanden ist. Es ist auch Handlungsbedarf im Dorf vorhanden, was z. B. Fotovoltaik anbelangt, was Brandschutzbestimmungen angeht etc. Wir haben einen wichtigen und einen lebenswerten Dorfkern. Den möchten wir auch aufrechterhalten. Dazu benötigt es auch Gewerbetreibende. Man muss es aber in einem Gesamtkontext betrachten. Wenn wir nun einen Schnellschuss machen, bringt man vielleicht in einem halben Jahr zum Reklamereglement einen Vorschlag, wie wir es ändern. Ich weiss zwar bis jetzt nicht, wie wir den Abs. 3 herausbekommen, sodass wir danach tatsächlich auch immer noch konforme Werbungen haben und wir eine Handhabung haben, um damit umzugehen.

Deshalb möchte ich wirklich kräftig appellieren, wandeln Sie es in ein Postulat um und überweisen Sie uns das Postulat. Dann kann man es wirklich auch in beide Reglemente so einpflegen, dass es auch in beiden Reglementen statthaft ist. Also noch einmal: Es geht auch um den § 10 des Teilzonenreglement Dorf. Darin steht auch, dass solche Werbebanner oder andere Werbeträger, die auf dem Trottoir stehen oder auf eigenem Grund und Boden, gemäss dem Reglement nicht statthaft sind.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Christoph Morat. Das Wort hat noch einmal Nico Jonasch.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Ich komme noch einmal kurz zurück auf die Kontaktaufnahme. Ich kann natürlich nicht abschliessend sagen, ob man zuerst Kontakt aufgenommen hat oder nicht, das weiss ich nicht, hat man mir so auch nicht gesagt. Was aber schwarz auf weiss steht, also schwarze Buchstaben auf weissem Blatt, spricht für sich, und ich habe es selbst gelesen. Aber ja, es sind hier einige Voten gefallen, zu denen ich sagen kann, okay, ich kann mich der Sache annehmen und mache deshalb beliebt, dass man die Motion in ein Postulat umwandelt und dann so bearbeitet. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung über das Geschäft. Wir haben es gehört, Nico Jonasch hat es in ein Postulat umgewandelt. – Ja, Florian Spiegel?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Herr Einwohnerratspräsident. Wenn der Gemeinderat für eine Entgegennahme des Postulats ist und der Postulant ändert, benötigt es keine Abstimmung mehr, sondern wäre so überwiesen. Ausser es gibt einen Gegenantrag, dass es jemand nicht überweisen möchte.

René Amstutz, Präsident: Genau, das ist richtig. Das habe ich vergessen, dass er gesagt hat, dass der Gemeinderat es entgegennehmen würde, wenn es ein Postulat ist. Gibt es ein Gegenantrag? Nein, das ist nicht der Fall. Somit wird es richtig, ohne Abstimmung überwiesen. Besten Dank für die Präzisierung.

Wir kommen zum nächsten Geschäft, dem ehemaligen Traktandum 6, jetzt 5.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 28.2.2024, zum Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 29.3.2022, betreffend Öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil V
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4609 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist die Folgende: antragstellende Person, Etienne Winter, Gemeinderat Philippe Hofmann, Vertretung der Fraktionen, dann die Rednerliste. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat zunächst die antragstellende Person, Etienne Winter.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Es tut mir leid, wir bleiben bei den Schildern. Ich mache es relativ sec und kurz, denn die Flughöhe ist relativ tief. Besten Dank für die Antwort. Sec und kurz: so muss es sein. Mehr habe ich nicht erwartet. Eine Schildauswahl ist absolut sinnvoll. Dies ist, was alle anderen Gemeinden in der Region haben. Natürlich ist der Wiedererkennungseffekt sinnvoll. Ich bin noch etwas über die Kosten gestolpert. Es heisst, dass die Lieferung und das Anbringen der 19 Schilder grob geschätzt 6'500 kosten. Ich nehme an, dass die Lieferung auch die Beschaffung ist. Auf der Homepage ist die Beschaffung eines einzelnen Schildes 50 Franken. Ich gehe schwer davon aus, dass, wenn man es bestellt, man vielleicht noch einen Mengenrabatt erhält, oder, denn wir gehen mit unseren Steuergeldern ja sorgfältig um. D. h. dann haben wir noch 1'000 Franken. Ich frage mich einfach, was man mit den anderen 5'500 genau macht. Ich weiss nicht, wie viel ein Baukleber kostet, vielleicht exquisit, supergoldig, weiss nicht, was, 50 Franken? Dann wird es spannend. Aber nun auf das letzte Traktandum ist es mir eigentlich klar, es ist mir wie Schuppen von den Augen gefallen, dass sich das Eingeständnis der Experten natürlich nicht um die Verschandelung der Baukörper handelt, sondern um die Abklärung, ob das Schild dem Reklamereglement würdig ist oder nicht. Dementsprechend danke ich vielmals für die Beantwortung. Ich nehme mal an, es ist ein Handlungspostulat, dass der Gemeinderat es implizit so durchführen wird. Deshalb kurz und sec, Danke vielmals dem Einwohnerrat, Danke vielmals dem Gemeinderat, Danke vielmals der Verwaltung. Herzlichen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Etienne Winter. Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich weiss nun gar nicht, ob ich es ausführen soll. Eigentlich ist alles bereits gesagt. Und 6'500 Franken – ja, soviel kostet es halt einfach. Wie hoch der Mengenrabatt bei 19 ausfallen wird, weiss ich nicht. Ich entnehme mal dem Votum, dass du damit, dass wir es umsetzen, zufrieden bist. Dann haben wir die Schilder und jeder kann am Brunnen trinken. Ich wünsche jedem einen guten Schluck.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Wir kommen nun zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur allgemeinen Rednerliste. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Auch das ist nicht der Fall. Damit wäre die Rednerliste bereits erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit kommen wir zur **Abstimmung** und zum **Antrag des Gemeinderats**.

Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

Das Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, betreffend öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen in Allschwil V, Geschäft 4609, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

://

Das ist einstimmig ohne Enthaltung abgeschrieben.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes. Wer das ganze Geschäft abschliessen möchte, soll es mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://

Es ist ebenso einstimmig, ohne Enthaltungen abgeschlossen.

Wir kommen zum nächsten Traktandum, dem ehemaligen Traktandum 7.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP, vom 25.1.2023, betreffend Webseite Gemeinde Allschwil und Gemeindeordnung

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4658 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist der Interpellant, Jean-Jacques Winter, dann Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich übergebe das Wort zunächst dem Interpellanten, Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Besten Dank. Ich würde sehr gerne zuerst der Gemeindepräsidentin zuhören, wie sie uns das Ganze nun mündlich erklärt. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das können wir tun, alsdann erteile ich das Wort an Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich möchte die Interpellationsantwort nicht vorlesen. Ich gehe davon aus, dass Sie alle den Bericht zu diesem Traktandum bereits vorgängig studiert haben und wissen, was drinsteht.

Gemäss dem Geschäftsreglement des Einwohnerrats genügt eine kurze Zusammenfassung und daran möchte ich mich halten. Deshalb, wie erwähnt, fasse ich mich kurz. Zum ersten Teil der Interpellation: Dem Gemeinderat ist bestens bekannt, dass die Gemeindeordnung nicht mehr aktuell ist. Es gibt einzelne Teile und einzelne Floskeln, die wahrscheinlich nicht mehr ganz den aktuellen Situationen entsprechen. Wir sehen deshalb eine Teilrevision vor, die wir Ihnen auch vorlegen werden. Vermutlich noch im laufenden Jahr. Ob es dann wirklich noch reicht, kann ich heute nicht versprechen, aber es war mal so vorgesehen.

Zum zweiten Teil der Interpellation, zum Strassenreglement inklusive Anhang Allmendgebührenordnung: Auch hier weiss der Gemeinderat, dass die Regelung in die Jahre gekommen ist, wobei die Allmendgebührenordnung ist immer noch aktuell oder ist auf dem aktuellen Stand. Es ist vorgesehen, die Teilrevision Strassenreglement zusammen mit der Zonenplanrevision Siedlung in den Einwohnerrat zu bringen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, ich erteile das Wort noch einmal dem Interpellanten, Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, Herr Präsident. Ich bin mit dieser Antwort nicht ganz glücklich. Das Postulat, ähm Pardon, die Interpellation wurde im Januar 23 eingereicht. Wir haben jetzt etwas später. Es sind 14 Monate. Eine Interpellation kommt normalerweise – wissen wir alle aus dem Reglement – ungefähr in der übernächsten Sitzung. Es kann in der dritten Sitzung sein. Man wartet also auf ein Papier, worauf – ich sage es nun konkret – innert 14 Monaten 30 Zeilen geschrieben wurden. Das macht schlichtweg pro Monat zwei Zeilen, die der Gemeinderat geschrieben hat und uns nun hier serviert. Das kann es nicht sein. Rein vom Formellen her ist es ein wenig unserem Brauch, den wir haben, nicht würdig. So viel mal zum Ersten.

Zum Inhalt als solchem: Per Zufall habe ich mal in unser Reglement und unsere Ordnung geschaut. Das ist die Grundlage für uns. Jeder hat irgendwo eine Hausordnung. Die sollte à jour sein. Klar kann man sagen, man sammelt, um etwas zusammenzunehmen. Es sind aber Sachen drauf, die elf Jahre her sind: Vormundschaftsbehörde. Neun Jahre: das Museum. Dreieinhalb Jahre: der Markt. Klar sagt der Gemeinderat hier oder schreibt es, man sammelt und wenn man genug hat, kann man das Ganze ändern. Ich denke aber, wenn der Gemeinderat von sich aus gegen die Ordnung, die hier steht, eine Marktkommission auflöst, wenn er von sich aus, hier steht es drin, eine Museumskommission auflöst, und wir alle wissen, dort hat das Debakel mit dem Haus begonnen, er, der Gemeinderat wollte das Haus später einfach verkaufen, veräussern, das darf man nicht vergessen.

Plötzlich heisst es, hier lese ich es dann, es ginge auch noch darum, wegen der Schule. Man hat abwarten müssen, wie es mit unseren Führungsstrukturen der Schule weitergehe. Da nun diese Frage geklärt ist, plant der Gemeinderat eine Teilrevision der Gemeindeordnung. Weil geklärt ist, dass man wegen der Schule hier nichts klären muss, klärt man das andere? Meine Damen und Herren, früher habe ich Trudi Gerster gehört, sogar mit auf der Bühne gestanden, mit der Pfadi. Das kann es nicht sein. Der Gemeinderat widerspricht sich selbst. Dies nach so langer Zeit, meine Damen und Herren. Wir arbeiten mit dem Gemeinderat, wir geben durch, was wir als Antwort haben wollen, wie es weitergehen soll. Aber, 30 Zeilen nach einer so langen Zeit!

Es heisst hier auf einmal auch beim Strassenreglement, selbstverständlich, ja, ist in die Jahre gekommen. Das wissen wir. Wir alle kommen in die Jahre. Heute habe ich gehört, es gäbe ein Foto von mir von vor 20 Jahren gesehen. Ich hätte eine andere Haarfarbe gehabt, ich bin auch in die Jahre gekommen. Nun heisst es auf einmal: «*Dennoch ist es jetzt selbstredend wünschenswert ...*». Mon Dieu, es ist jetzt wünschenswert, weil jemand gesagt hat: Hallo Gemeinderat, wir wollen Papier! Wenn jemand nach Allschwil zuzieht, in unser Reglement schaut, in unsere Ordnungen, die wir haben, findet er Dinge, welche aus Grossmutterzeiten kommen. Und sagt, es geht schon gut. Das kann es nicht sein. Ich bin wirklich mit dieser Antwort, mit der Zeitdauer, die sie benötigt hat, und mit dem Inhalt, mit der Begründung, man müsse darauf warten, wie es der Schule geht, ... das ist schlichtweg nicht träf, das ist schief. Ich muss einfach sagen, meine Damen und Herren, ich danke für die Antwort. Ich habe es gehört oder auch gelesen, es gehe etwas in die Richtung, unsere Reglemente à jour zu behalten. Dass man aber 48 Jahre warten muss – Strassenreglement, das ist eine andere Generation. Dass man elf Jahre warten muss mit der Museumskommission? Halleluja.

Ich bitte den Gemeinderat, die Reglemente in Zukunft à jour zu halten. Wenn es eine Änderung braucht, auch nur eine kleine, wie es der Kanton, eine KESB macht, kann man es hier erklären und irgendwann eine kleine Ordnung durch einer Abstimmung, hallo Volk, so ist es. Das heisst bei uns jetzt so.

Schlichtweg, meine Damen und Herren, ich habe es gelesen. Ich bin nicht zufrieden und vor allem: 30 Zeilen nach so langer Zeit! Ich hoffe, ihr werdet das in Zukunft etwas schneller und ausführlicher schaffen. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank für diese Antwort oder Intervention, sorry. Die Frage, ob du zufrieden bist, hast du bereits beantwortet, du bist nicht zufrieden, das haben wir nun gehört. Es gibt eine Diskussion, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Ich sehe nun keinen Gegenantrag, somit können sich die Leute, die sich äussern möchten, beim 1. Vizepräsidenten melden.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Es wären wiederum zuerst die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen an der Reihe. Gibt es Wortmeldungen? Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Wir kommen zur allgemeinen Rednerliste. Gibt es Wortmeldungen allgemein aus dem Rat? Ich gebe das Wort an Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Besten Dank. Ich möchte nachstossen. Ich habe im Februar eine Interpellation mit der Nr. 4721 eingereicht. Keine angenehme. Es geht um eine gewisse Reaktion des Gemeinderats in den vergangenen drei, vier Jahren, worin es um Geld geht. Ich hoffe einfach, sage ich Ihnen ganz klar, dass die Frist eingehalten wird. Es geht darum, wie viele Steuergelder nicht dorthin geflossen sind, wo sie nötig gewesen wären. Wenn es nicht reichen würde, wäre es sicher kein Kompliment und könnte beinahe wie ein Eingeständnis aussehen, dass etwas nicht ganz so ablief, wie es hätte ablaufen sollen. Gericht und Regierungsrat haben uns recht gegeben. Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Jean-Jacques Winter. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit ist die **Interpellation als beantwortet und erledigt abgeschlossen**. Es gibt keine Abstimmung.

Ich denke, wir haben noch Zeit für das nächste Traktandum. Es ist das ehemalige Traktandum 8 der Traktandenliste.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Rolf Adam, die Mitte-Fraktion, vom 17.10.2023, betreffend
Die nächtliche Ruhe im Wegmatten-Park ist massiv beeinträchtigt
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4689 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist, zuerst der Interpellant, er ist nicht anwesend, sondern wahrscheinlich jemand von der Fraktion, dann Gemeinderat Philippe Hofmann. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich übergebe das Wort an Claudia Sigel, stellvertretend für den Interpellanten.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ein paar Worte zu dieser Interpellation unseres lieben Parteikollegen. Auch ich habe es mitbekommen, im Wegmattenpark geht es in der Nacht zum Teil recht heftig zu und her. Ich selbst habe auch schon Videos von Anwohnern gesehen. Es sind offenbar nicht nur alkoholisierte Leute. Es geht dort offenbar sogar um härtere Drogen, welche die Runden machen, und wo die Gemeinde wirklich via Polizei verstärkt Kontrollen durchführen sollte.

Nun ist es so, ich spreche auch ein wenig für mich als Präsidentin der KSD. Wir hatten neulich eine Sitzung, genauer gesagt, wir konnten das Geschäft abgeben; wir haben bereits einen Bericht verfasst. Es kommt demnächst in den Einwohnerrat. Wir haben dabei eigentlich die Sicherheitsvorkehrungen, die vielleicht seitens der Gemeindepolizei verschärft werden sollten, berücksichtigt. Ich denke, es braucht nicht sehr viel mehr. Ich bin aber gespannt, was der Gemeinderat Philippe Hofmann dazu zu sagen hat. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Claudia Sigel. Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, liebe Claudia. Ich hoffe, ich werde dich nicht enttäuschen. Ich habe nicht wahnsinnig viel zu sagen, denn wir haben das Geschäft 4689, die vorliegende Interpellation mit den Lärmklagen, die vorgebracht wurden, sehr ausführlich beantwortet. Es liegt alles, was wir gemacht haben, was die fünf verschiedenen gestellten Fragen betrifft, schriftlich vor. Dementsprechend kann ich jetzt nur schnell auf das, was du zuvor betreffend weitere Massnahmen mit der Polizei erwähnt hast, spontan eingehen. Ich verweise auf die Antwort zu Frage 3, bei der es zwar darum geht, dass auch die Gemeindepolizei wegen Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz büssen könnte, es aber im Grundsatz eigentlich etwas ist, was zum Aufgabengebiet der Polizei Basel-Landschaft gehört. Dementsprechend haben wir auch keine Kenntnisse darüber, wie gross und ob es Bussen gäbe oder welche es gibt. Was ich sicher mitteilen kann, ist, wenn es einen Fall gibt, darf man ihn gerne melden. Ich habe null Kenntnisse und gar nichts. Aber das ist gar nicht relevant, sondern ich muss mich natürlich auf die Aussagen stützen, welche unsere Polizei macht, die liegen Ihnen alle schriftlich vor. Wenn es dazu noch weitere Begehren oder Anmerkungen gibt, stehe ich selbstverständlich gerne für die Diskussion zur Verfügung. Ansonsten hoffe ich, dass der Interpellant, also stellvertretend nun jemand anders von der Fraktion, mit den Antworten einverstanden, also zufrieden ist, damit wir auch dieses Geschäft als erledigt abschreiben können.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Ich frage Claudia Sigel als Vertretung des Interpellanten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Ja, also. Es ist nun noch schwierig, ich müsste Rolfs Meinung abholen ... wir haben es einmal an der Fraktionssitzung besprochen. Offenbar gibt es von den Anwohnern tatsächlich sehr wenige oder gar keine Reaktionen. Es erstaunt mich. Ich kann es nicht beurteilen. Ich erhalte Videos von den Anwohnern. Es erstaunt mich, dass es nicht weitergeht. Natürlich ist es letztlich ihre Sache, wo die Dinge versanden. Ich meine, ich hätte das auch weiterleiten können. Aber ich komme nicht auf die Idee. Ich habe nun wirklich gedacht, sie hätten sich bei der Polizei gemeldet. Das andere ist: Von mir aus kann man die Interpellation nun so zur Kenntnis nehmen und abschreiben. Denn wir haben noch unser Polizeigesetz, für welches später eine 1. und 2. Lesung geben wird. Dabei kann man es durchaus noch einmal in den Rat bringen. Für mich ist es absolut okay. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Liegt einer vor? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur allgemeinen Diskussion. Bitte.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Wiederum zunächst die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen. Meine Frage: Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur allgemeinen Beratung. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Damit ist die Rednerliste bereits erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit ist diese Interpellation beantwortet und als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

Ich schlage nun vor, weil es bald halb acht ist, wir eine Pause machen. Wir fahren viertel vor acht Uhr weiter, dann also mit dem Info-Fenster und anschliessend der Beantwortung der dringlichen Interpellation. Gute Pause!

PAUSE

René Amstutz, Präsident: Ich bitte euch, Platz zu nehmen, damit wir weiterfahren können. Gut, wir fahren weiter mit der Sitzung. Zuerst gibt es das

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

René Amstutz, Präsident: Gemeinderat Philippe Hofmann hat sich bereits gemeldet.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich habe es an der letzten Sitzung erwähnt, dass wir zum sog. Lärmvorsorgeplan, dem PPPE, was der EuroAirport ausgibt, Stellung nehmen werden. Er wurde in die Vernehmlassung gegeben. Es war eine riesengrosse Arbeit, es mal evaluieren zu können und eine Antwort darauf zu verfassen. Dies wurde nun getan. Im Rahmen des GVF, dem Gemeindeverbund Flugverkehr, werden wir alsdann auch die Anhörung eingeben und hoffen darauf, dass sie auch Gehör findet und nicht gleich im Rundordner landet und ungeachtet unserer Bedürfnisse und Ansprüchen, die wir haben, einfach nicht beachtet wird. Gleichzeitig wird auch der Schutzverband, so habe ich vernommen, auch noch eine Stellungnahme einreichen. Diese Ansprüche decken sich zum Teil. Zum Teil sind sie weitgefasst. Ich denke, es wird spannend sein, was schlussendlich bei der Antwort herauskommt, wenn die Vernehmlassung mit allen Eingaben weiterbearbeitet wird.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Gibt es weitere Informationen des Gemeinderats? Das ist nicht der Fall. Besten Dank. Somit kommen wir jetzt zur **Beantwortung** der dringlichen Interpellation. Ich erwähne es noch einmal, es ist das

Geschäft 4725 von Corinne Probst-Gadola, von der Mitte, **dringliche Interpellation**, Entgeltung der vom Schulrat angeordneten und von der Schulleitung der Primarschule Allschwil geleisteten Überzeit.

Die Rednerreihenfolge ist: zuerst das Votum der Interpellantin, falls sie noch zusätzlich zu dem, was sie zuvor gesagt hat, etwas ergänzen möchte, danach die Antwort des Gemeinderats, sodann noch einmal die Interpellantin und anschliessend die Diskussion. Voilà, meldet euch beim 1. Vizepräsidenten, bitte.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich übergebe das Wort zunächst an Corinne Probst.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich würde gerne zuerst dem zuständigen Gemeinderat das Wort überlassen. Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Deshalb frage ich gleich an: Wer ist der zuständige Gemeinderat? Es ist Gemeindevizepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Gerne beantworte ich die Fragen dieser Interpellation. Wir haben die erste Frage:

1. *Warum wird die durch den Schulrat angeordnete Überzeit nicht an die Schulleitung der Primarstufe Allschwil ausbezahlt? Welche Gründe liegen dieser Entscheidung zugrunde?*

Dies ist eigentlich einfach zu erklären. Auf der Gemeindeverwaltung haben wir den Grundsatz: Kompensation vor Auszahlung von Überstunden. Wir sprechen hier von einer Kompensation und nicht von einer Streichung von Überstunden.

2. *Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Schulleitung angemessen für ihre zusätzliche Arbeit entschädigt wird?*

Wie zuvor erwähnt, es ist keine Streichung, und der Schulrat ist dafür verantwortlich, nicht der Gemeinderat.

3. *Das Leisten von Überzeit birgt immer auch ein Risiko von gesundheitlichen Folgen für den jeweiligen Arbeitnehmer. Wie nimmt der Gemeinderat seine diesbezügliche Fürsorgepflicht wahr?*

Also es ist klar, der Gemeinderat ist stets fürsorglich und korrekt mit den Mitarbeitern. Aber auch in diesem Fall ist es Sache des Schulrats.

4. *Welchen Stellenwert hat die von der Schulleitung geleistete Arbeit, insbesondere im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen in der Gemeinde Allschwil, für den Gemeinderat?*

Wir sind natürlich sehr froh um die grosse Arbeit, welche die Schulleitung leistet. Wichtig ist, dass sie das in Zusammenarbeit mit der Verwaltung macht, und möglichst wenige Reibungsverluste entstehen.

5. *Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass der Umgang mit der Schulleitung und anderen Mitarbeitenden im Bildungsbereich respektvoll und wertschätzend ist?*

Auch dazu ist zu sagen, wir sind immer wertschätzend und respektvoll im Umgang mit den Mitarbeitern. Wir hoffen, dass das auch im Umgang mit der Schulleitung so ist, dass man nicht eine andere Wahrnehmung hat. Sicher ist auch wichtig, dass der Schulrat es mit seinen Mitarbeitern auch macht.

6. *Wie gedenkt der Gemeinderat mit der Situation umzugehen, dass der Schulrat als Anstaltsbehörde Überstunden anordnen darf und die Gemeinde diese eigentlich bezahlen muss, es nun aber nicht tut? Wie kann in Zukunft ein solches Kompetenzproblem verhindert werden?*

Dazu ist zu sagen, es ist klar, dass der Schulrat dies anordnet, die Kostengutsprache aber muss der Gemeinderat geben. Uns ist es natürlich auch wichtig, dass solche Probleme keine weiteren, grossen Kreise ziehen, die ja, wie soll ich sagen, Probleme der Umsetzung oder der Ansichten sind. Deswegen haben wir ein Gespräch initiiert zwischen einer Delegation aus dem Gemeinderat und einer Delegation aus dem Schulrat. Dieser Brief ist noch nicht lange verschickt, der Schulrat kann noch gar nicht Antwort gegeben haben. Wir hoffen natürlich auf eine positive Antwort. Alsdann werden wir versuchen, das Problem aus der Welt zu schaffen, und dass wir uns einig werden, wie man letztlich vorgehen sollte, falls solche Probleme wieder auftreten. Dies wären meine Ausführungen.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Möchte sich die Interpellantin äussern? Das ist der Fall. Corinne Probst, bitte.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich bin schon ein wenig erstaunt, muss ich ehrlich sagen, über diese Antwort, zumal der Gemeinderat die Interpellation bereits ein paar Tage vorliegend hatte. Sie ist einfach sehr einfach. Es geht um Leistungen und um nicht wenige Leistungen, welche die Schulleitung erbringt. Die Schulleitung ist für den Schulbetrieb des Kindergartens und der Primarschulstufe Allschwil ziemlich wichtig. Sie erbringen Leistungen, welche sie auch im vergangenen Jahr immer wieder erbracht haben, wenn Stellen unterbesetzt waren. Im 17 und im 18 waren sie in Unterzahl und haben Mehrleistungen erbracht. Ich möchte gar nicht gross erwähnen, was in Coronazeiten war. Wenn man sich mal reinzieht, wie viele Spucktests gemacht werden mussten, als die Resultate an einem Freitag vorliegend waren, wie viel Überzeit durch den Gesamtschulleiter und auch anderen Schulleitungsmitgliedern an den Wochenenden geleistet wurde. Wenn man jetzt einfach kommt und sagt, ja, «Kompensation vor Auszahlung» ist bei uns in der Gemeinde so üblich. Wir streichen diese Überstunden ja nicht, sie sollen es kompensieren, dann sieht man einfach nicht, worum es genau genommen geht. Es geht darum, dass Schulleitungsmitglieder im Moment Arbeiten von zwei Vollzeitstellen erledigen, die nicht besetzt sind. Diese Vollzeitstellen, wenn sie nun diese Überzeit in der Freizeit kompensieren, wer erledigt denn dann die Arbeit? Wo bleibt sie liegen? Wer macht sie in diesem Fall? Das ist mal das eine.

Das andere ist: Sie möchten eine Auszahlung. Wir sprechen hier von grosso modo, wie mir gesagt wurde, von etwa 11'000 Franken. Ich sehe wirklich nicht das Problem, weshalb nicht einfach entschädigt werden kann, wenn die Schulleitung diese Überzeit auf Anordnung des Schulrats geleistet hatte. Da ist es offenbar klar, dass der Schulrat dies darf. Aber danach kann man sagen, nein, wir bezahlen es nicht. Ich erachte das für einfach nicht fair. Man muss sich einfach bewusst sein, dass dies keine Wertschätzung gegenüber der Schulleitung ist, sondern einfach der grosse Chef rausgehängt wird. Sorry, wenn ich es so sagen muss. Wir können bestimmen, ob wir bezahlen oder nicht. Es wurde auch einmal das Argument «nur in Ausnahmefällen kann man bezahlen» angeführt. Das stimmt. Das ist Art. 28 Abs. 2 der Verordnung zur Arbeitszeit im Personalgesetz des Kantons Basel-Landschaft. Darin heisst es, in Ausnahmefällen kann Überzeit in Geld entschädigt werden. Wir haben hier eine Ausnahme. Wir hatten es auch in anderen Jahren, als eine Auszahlung stattgefunden hat. Da ging es um Ausnahmen. Man hat sie auch jetzt. Wenn eine zweihundertprozentige Stellenunterdotierung keine Ausnahme ist, weiss ich offen gestanden nicht, was eine Ausnahme ist.

Ich möchte wirklich beliebt machen, dass man im Gemeinderat auf diesen Entscheid zurückkommt. Denn ich finde ihn nicht richtig und ich finde ihn auch nicht fürsorglich und schon gar nicht wertschätzend. Denn es kann sehr schlecht kompensiert werden, und wenn, dann nur auf dem Buckel der anderen Schulleitungsmitgliedern, denn jemand von ihnen immer auf der Strecke bleibt. Danke.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank für diese Antwort. Ich frage nun rein formell: Bist du mit der Antwort zufrieden?

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Nein.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Eine Diskussion ... – ja, Gemeinderatsvizepräsident Franz Vogt, nachher. Zuerst frage ich, ob eine Diskussion stattfindet. Dies ist nur der Fall, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Ist das der Fall? Das ist nicht der Fall. Somit ergibt sich eine Diskussion. Und ich gebe das Wort zuerst an Vizepräsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Das Problem ist bekanntlich nicht neu. Man hat es wiederholt erwähnt, dass man eine solche Auszahlung nicht wünscht. Was man vielleicht auch nicht vergessen darf, ist, dass die Schulleitung Teil des Schulrates ist. Sie ist immer dabei, wenn die Überstunden beschlossen werden. Dann wäre es doch eigentlich einfach, beim Gemeinderat eine Kostengutsprache zu holen, bevor die Überstunden geleistet sind. Ich glaube nun weniger, dass der Gemeinderat dazu nein sagen würde. Das glaube ich jetzt einfach nicht. Dadurch wären wir wieder am richtigen Ort. Wie erwähnt, wir haben das Gespräch initiiert. Ich glaube, es hat keinen Wert, wenn die einen trotzen und dann die anderen trotzen. Es haben doch beide auf ihre Art recht. Wir müssen einen Weg finden, den wir gemeinsam ... ja, wir können doch wie erwachsene Leute zusammensitzen und schauen ... die Schulleitung und auch der Schulrat weiss, dass es nun einmal fixe Abläufe in einer Verwaltung gibt, und diese sollten eingehalten werden. Ja, ich glaube, es hat keinen Wert, dass ich nun noch weiter aushole. Es ist doch wichtig, dass man zusammensitzt und dass solche Probleme in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, wir fahren weiter mit der Rednerliste. Zuerst wiederum die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen. Es liegen bereits drei Wortmeldungen vor. Ich gehe mal davon aus, dass das in Funktion der Fraktionssprecherinnen und -sprecher erfolgte. Somit erteile ich das Wort zuerst an Etienne Winter und anschliessend an Pascale Uccella.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Es wäre vermessen, in diesem Fall von Fraktionssprechern zu reden; wie erwähnt, wir kennen diesen Vorstoss noch nicht so lange. Ich habe drei Anschlussfragen, die ich gerne stellen würde.

1. Was ist der Grund für die Unterbesetzung?
 2. Wie lange sind diese Stellen schon unterbesetzt?
 3. Wer ist in der Verantwortung, die Unterbesetzung so schnell wie möglich und akkurat zu besetzen?
- Merci vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, es wurden nun drei konkrete Fragen gestellt. Bevor ich mit der Rednerliste weiterfahre – vielleicht Franz Vogt, kannst du diese Fragen sogleich ad hoc beantworten oder sollen wir mit der Rednerliste weiterfahren?

Franz Vogt, Gemeinderat: Es wäre nun vermessen, wenn ich sie beantworten würde. Das ist nicht die Kompetenz des Gemeinderats. Es ist klar die Kompetenz des Schulrats und der Schulleitung. Dazu können nur sie kompetent Antwort geben. Die dritte Frage habe ich somit beantwortet. Aber die ersten zwei kann ich unmöglich beantworten, kann der Gemeinderat nicht beantworten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, das ist so absolut in Ordnung. Wir fahren mit der Rednerliste weiter. Das Wort hat Pascale Uccella und anschliessend Claudia Sigel.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich könnte diese drei Fragen beantworten. Das Erste, sie sind unterbesetzt, das Zweite, der Schulrat ist zuständig. Weil einfach zwei nicht mehr da sind, sie haben gekündigt, das weiss ich nicht, da will ich mich auch nicht einmischen. Zuständig ist der Schulrat. Ich möchte dir, Herr Gemeinderat Franz Vogt, gerne etwas sagen. Erstens, der Schulrat ordnet die Überzeit an. Ausnahmsweise. Der Schulrat und nicht die Schulleitung. Auch wenn die Schulleitung im Schulrat zusammensitzt, hat die Schulleitung kein Stimmrecht. D. h. sie können zwar zuhören, sie können ihre Probleme melden, aber sie können nicht darüber abstimmen. Also ist es der Schulrat. Der Schulrat darf ausnahmsweise Überzeit anordnen. Dann muss der Gemeinderat dies dummerweise auszahlen. Darüber müssen wir gar nicht diskutieren.

Es ist genau dieses Spielchen, welches ihr schon immer gespielt habt. Ich habe es schon einige Male gesagt, wir hatten es zuvor einmal gehabt, dass zu wenige in der Schulleitung waren, dass die Schulleitung so übertroffen ist, dass sie aufstocken mussten. Wenn man natürlich 60 oder 70 % arbeiten

und dann 10 bis 20 % aufstocken kann, ist es kein Thema. Jemand, der 100 % arbeitet, kann aber nicht aufstocken, der macht Überzeit. Das ist so. Wenn man nun einfach sagt, man zahle es der Schulleitung nicht aus, ist das hier wirklich langsam Kindergarten. Wirklich wahr, es regt mich wirklich auf. Der Schulrat ordnet ausnahmsweise an. Notabene, es sind, gopfriedstutz, seit Oktober zwei Löhne, die nicht bezahlt werden. Wir haben keinen mehr oder weniger Geldüberfluss, den wir jetzt nun darüber hinaus bezahlen müssen, sondern es ist sogar noch weniger. Der Schulleitung aber sagen, sie müssten es dann einziehen ... wann sollen sie es denn einziehen? Im Juni kommen vielleicht zwei neue Schulleiter, dann müssen sie diese einarbeiten. Wann sollen sie es einziehen? Es geht doch nicht. Es ist nur ein Durchzwängen. Wenn der Schulrat es anordnet, hat dies der Gemeinderat als Ausnahme ..., wie der Artikel, du hast es eben gerade zuvor erwähnt, im Artikel des Kantons steht klar, dass man es ausbezahlt. Wir sprechen hier von 11'000 Franken, das ist einfach eine Lachnummer. Wirklich. Ich würde nun wirklich beliebt machen, dass man es der Schulleitung abgrenzt und nicht Gespräche führt und das und jenes. Nein, der Schulrat hat es angeordnet, bezahlt es aus und Ende der Diskussion. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Claudia Sigel und anschliessend Urs Poživil.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Unsere Fraktion wurde eigentlich bereits bestens durch unsere Vorrednerin, Corinne, vertreten. Ergänzend aus der Fraktion noch folgende Worte: Wir stellen fest, dass ein Personalproblem vorliegt; das ist keine neue Thematik. Es ist eine Thematik, die sich wiederholt. Das ist personalrechtlich höchst bedenklich. Man müsste sich mal überlegen, wie man in der Privatwirtschaft mit einer Gruppe umgehen würde, die immer wieder dieselben Personalprobleme hat. Sodann würde man nämlich mit den Chefs dieser Gruppe anders umgehen. Denn an etwas muss es einfach liegen, dass es den Schulleitern in Allschwil immer wieder aushängt und sie den ganzen Bettel hinschmeissen. In der Privatwirtschaft würde man mit diesen Gremien, sprich Schulrat und Gemeinderat, anders umgehen, als wir es hier in der Politik tun. Umso enttäuschender ist eigentlich, dass man versucht, es sich einfach zu machen und die Probleme einfach wegzuschaukeln. Ich habe zuerst gehört, es ist der Schulrat, welcher die Überstunden anordnet, und der Schulrat hat etwas verpasst. Dann heisst es wiederum, wenn es ums Geld geht und die Auszahlung der Überstunden, muss es schon der Gemeinderat entscheiden und bejahen. Also, der Gemeinderat gibt nicht viel aus der Hand; der Gemeinderat will zum Schluss schon bestimmen. Aber jetzt offenbar, wenn es darum geht, den wenigen Personen, welche unglaublich viel für die Gemeinde Allschwil leisten, einen kleinen Reward zu geben, indem man ihnen mal mehr Geld ausbezahlt, einfach ein wenig mehr Überstunden ausbezahlt, wird ein Riesentheater abgehalten. Ich kann es nicht nachvollziehen. Ich – persönlich.

Zuerst mal ist klar, was Pascale erwähnt hat: Wann sollen sie denn überhaupt ihre Überstunden einziehen? Das ergibt lediglich weitere Probleme. Das Zweite ist doch einfach die Signalwirkung, die sich auf die Menschen abgibt. Da heisst es einfach, es ist uns doch völlig Wurst, was ihr leistet, macht es einfach, ihr müsst aber nicht meinen, ihr würdet dafür noch entschädigt. Was ist das denn eigentlich für ein Bild, das ihr da abliefern? Ich habe Angst, dass sie uns zum Schluss auch noch davonlaufen. Was machen wir dann? Es kann doch nicht immer sein, dass die Gemeinderäte alles auf andere schaukeln und sich einfach nie in der Verantwortung sehen. Jetzt braucht es einfach mal jemanden da vorn, der für die Schule Verantwortung übernimmt. Sonst ist hier unten in Allschwil mal fertig. Das müsst ihr einfach mal begreifen. Diese Lehrer benötigen Allschwil nicht, aber wir benötigen sie. Seht das doch bitte endlich mal ein. Danke schön vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Claudia Sigel. Das Wort hat Urs Poživil und anschliessend – das sieht mehr nach einem fließenden Übergang von den Fraktionsprechern zur allgemeinen Rednerliste aus – Etienne Winter.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Verständnisfrage. Ich habe nun mehrmals gehört, wenn der Schulrat die Überzeit und Überstunden anordnet, muss der Gemeinderat es gemäss einem gesetzlichen Paragraphen ausbezahlen. Habe ich das richtig verstanden oder ist das falsch? Weil ... Okay. Also nicht, dass wir uns in der Illegalität befinden würden. Es geht mir nur darum, ich bin kein Jurist, nicht dass wir irgendwie illegale Dinge tun, was ich sehr befremdend fände. Habe ich das aber auch richtig verstanden, habe ich den Gemeinderat richtig verstanden, dass man nun eigentlich diesen Sachverhalt, das Problem, welches entstanden ist, einfach unter den Teppich kehrt und sitzt mit dem Schulrat in grösseren Delegationen zusammen, um einfach die Zukunft zu betrachten? Habe ich das richtig verstanden? Man kehrt es nun unter den

Teppich, der Entscheid ist gefällt, man kommt nicht mehr darauf zurück und sitzt zusammen, um die Zukunft zu analysieren. Habe ich das richtig verstanden?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Urs Poživil. Ich schlage vor, ich gebe das Wort direkt an Franz Vogt, bevor die Rednerliste dann weitergeht.

Franz Vogt, Gemeinderat: Also, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wir leben nun einmal im Kanton Basel-Landschaft. Das ist für uns massgebend. Wir haben Ende vergangenes Jahr besprochen, wie man das Kompetenzgerangel vereinfachen könnte. Es ist nun genau solch ein Fall: Der Schulrat ordnet an und die Gemeinde, und nun zur Antwort für Urs Poživil, muss eine Kostengutsprache geben. Sie muss sie geben, heisst, sie kann sie geben oder kann sie nicht geben. Es ist nicht so in diesem Sinne, dass der Schulrat anordnen kann: Du musst – ich kaufe das Auto, du bezahlst. Nein, sondern es braucht eine Kostengutsprache des Gemeinderats. Das ist im Kanton Basel-Landschaft Gesetz. Wir haben nun einmal solch wunderbare Strukturen, in denen die Kompetenzen nicht klar geregelt sind. Es ist nun einfach so, dass wir gesagt haben, für uns läuft das zu wenig sauber. Wir hätten gerne, dass es sauber ist, dass es rechtzeitig gesagt wird. Nun hat man halt von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht und es abgelehnt. Ich habe nicht gesagt, die Schulleitung müsse im Schulrat mitentscheiden, sondern die Schulleitung ist im Schulrat und könnte Ihnen das vorlegen. Sie haben dem Schulrat auch vorgelegt, dass sie Überstunden anordnen sollen. Ich kann es mir jedenfalls nicht anders vorstellen. Auf der Gemeinde ist das auch so. Die Verwaltung stellt Antrag an den Gemeinderat und der Gemeinderat bewilligt es oder bewilligt es nicht. Nun hat man es vergessen, dass man sich um die Kostengutsprache kümmern soll. Weil es schon mehrfach vorgekommen ist, hat der Gemeinderat gesagt ... und er hat nicht gesagt, man nimmt das euch weg, sondern ihr müsst es jetzt kompensieren. Das hat man gesagt. Ich gehe bestimmt nicht darauf ein, wann und wo sie es kompensieren sollen. Das ist, wie erwähnt, Sache des Schulrats. Ich gehe schon gar nicht auf die Privatwirtschaft ein. Bleiben wir doch hier schön am Boden.

Jetzt ist es so, wie es ist. Der Gemeinderat hat den Entscheid gefällt, wir sitzen zusammen, schauen, wie wir es verbessern können, dass solche Kompetenzgerangel nicht mehr vorkommen und dass wir saubere Abläufe in die Gemeinde bringen. Denn sonst verbraten wir hier Stunden hin und her und dieser hat gesagt, und jener hat gesagt, und dieser ist beleidigt und ich bin ein armer. Ich glaube, das ist doch einfach nicht ... das ist doch der grössten Gemeinde des Kantons Basel-Landschaft nicht würdig. Leben wir saubere Prozesse und haben Respekt voreinander.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Wir fahren mit der Rednerliste weiter. Das Wort hat Etienne Winter und anschliessend Mark Aellen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Ich erlebe in gewisser Hinsicht ein Déjà-vu. Das nervt mich brutal. Schulratsdiskussionen, Kompetenzdiskussionen. Ich war doch als ehemaliges Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission dieser Gemeinde. Da hat man uns allen und mir hier hoch und heilig versprochen, dass man sich in Zusammenarbeit mit der Ombudsstelle Basel-Landschaft endlich einmal auf eine Prozessordnung im Hinblick auf Finanzkompetenzen geeinigt hat. Alle haben dem zugestimmt, alle haben gesagt, es funktioniert. Und jetzt sind wir wieder genau an diesem Punkt. Jetzt frage ich, was nun nicht funktioniert hat. Haben wir die Arbeit für nichts getan? Bitte reisst euch am Riemen, haltet euch an die Vorgaben, die ihr gemacht habt oder steht dazu, dass es wieder nicht funktioniert hat, was ihr gemeinsam gemacht habt. Ich bin es gewiss leid, darüber im Einwohnerrat diskutieren zu müssen. Die Kommission von uns, mit dem Gemeinderat, mit der Schulratsbehörde auch mitgearbeitet und das Vertrauen hier wirklich abgeholt hat, dass es funktioniert. Heute muss ich wieder feststellen, ausser Spesen nichts gewesen. Merci vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Etienne Winter. Das Wort hat Mark Aellen und anschliessend noch einmal Urs Poživil.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Schön, dass Etienne mir zuvorkam, so muss ich nicht ganz so heftig sein. Es ist für mich auch erstaunlich, dass die Prozessordnung nicht nur dem Schulrat bekannt, nicht nur dem Gemeinderat bekannt ist, sondern auch dem Einwohnerrat. Wir alle hier haben es zur Kenntnis genommen. Schmerzhaft. Es war eine lange Diskussion. Und jetzt tun alle so: ha, die sind schuld, nur die, weil die keine lächerlichen 11'000 Franken bezahlen. Meine Güte, 11'000 Franken sind nicht lächerlich, es ist ein Betrag. Viele Leute wären froh, wenn sie 11'000 Franken hätten, wahrscheinlich auch die Schulleitung. Der Fakt, dass die Schulleitung unterbesetzt ist, hier zu bringen und zu sagen, nun sind die armen Kerle schon jahrelang in Unterbesetzung, geht uns im Einwohnerrat eigentlich nur

so viel an, als dass wir eigentlich dem Volk empfehlen müssten, dass sie endlich mal anständige Schulräte wählen, die einen Prozess unterstützen, der wirklich die adäquate Schulleitung hineinbringt. So etwas müsste ich nun da herausnehmen. Mache ich aber nicht, denn ich weiss, dass es schwierig ist, Schulleiter zu finden. D. h. man hat einen Missstand und man kennt die Prozedur. Was macht man? Man schert sich keinen Deut darum, geht und ordnet einfach Überzeit an. Dann verlangt man von der anderen Seite, dass sie gefälligst zu folgen hat, denn die Gesamtsumme der Gemeinde ist derart gross, dass 11'000 nicht einmal ein Prozent ausmachen, da kann man schon einmal ein Auge zudrücken. So geht es nicht.

Wenn wir hier auch noch in dieses Fegefeuer gehen und sagen, ihr seid schuld, ihr seid schuld, ihr seid schuld, kommen wir da nie raus. Die einzelnen Parteien, die unzufrieden sind, werden es immer ausnutzen, dann haben wir absolut unnötige Gespräche wie dieses jetzt. Ich habe dem eigentlich nur zugestimmt, dass wir dieses Gespräch haben, dass wir diese Fragen haben, um ein wenig zu spüren, wie gut es nun eigentlich läuft. Ich muss sagen, ich sehe nichts. Ich sehe kein Stück Improvement. Mich wundert es nicht, dass wir mit dieser Schulraumplanung nicht vorwärtskommen. Die Gremien scheinen sich nicht zu verständigen. Das ist sehr alarmierend, und zwar für alle Gremien, nicht nur für eines von ihnen. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön auch, Mark Aellen. Das Wort hat Urs Poživil und anschliessend Corinne Probst.

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wurde nun immer über den Schulrat gesprochen, dass dieser ein wenig der Buhmann ist, der den Prozess nicht befolgte und alles falsch gemacht hat. Ich will nun auch nicht wieder ein Bashing betreiben, aber im Schulrat ist auch der Gemeinderat. Da hätte doch die Gemeinderatsvertretung mehr oder weniger erwähnen müssen, hey, es läuft etwas falsch, wir haben Überstunden angeordnet, das muss vom Gemeinderat abgesegnet werden. Das finde ich jetzt einfach das Irritierende. Ich würde, wenn ich Schulleiter wäre, mal davon ausgehen, dass, wenn meine vorgesetzte Stelle mir sagt, hör mal, du hast angeordnete Überzeit, du musst mehr leisten, es wird dir vergütet oder du kannst mit der Freizeit kompensieren, würde ich eher mal davon ausgehen, dass es vergütet wird. Dann halte ich es schon für sonderbar, wenn seitens Gemeinderat offensichtlich in allen Diskussionen im Schulrat nichts dazu gesagt wurde. Ich glaube, es ist etwas sonderbar, wenn man immer seitens Gemeinderat sagt: okay, die Schulleitung hat dies falsch gemacht, der Schulrat hat jenes falsch gemacht. Ja, also, das verstehe ich nicht vollständig. Ich verstehe auch den Unmut und dass solche dringlichen Interpellationen entstehen. Das verstehe ich absolut. Ich gebe auch Etienne absolut recht, es ist schade, dass wir uns seit eh und je einfach im Kreis drehen und nicht zu einer Lösung kommen. Das sollte eigentlich nicht der Fall sein.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Urs Poživil. Das Wort hat nun Corinne Probst und anschliessend Niklaus Morat.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Nur noch einmal kurz. Danke, Etienne, für dein Votum. Ich verstehe es auch nicht. Ganz ehrlich, ich verstehe es auch nicht. Ich meine, der Teil Projekt Finanzen war eigentlich das, was alle gesagt haben, ja, wir verstehen es, funktioniert tipptopp. Es funktioniert offenbar in keinerlei Hinsicht, oder? Oder die Frage ist auch, ob der Ablauf wirklich so sein müsste. Oder ob nicht der Schulrat es halt doch beantragen kann und man danach die Überzeit bezahlt. Franz, du hast gesagt, es hätte keinen Wert, wenn die einen trotzen und die anderen trotzen. Aber genau das ist für mich Trotzen. Wenn man sagt, ja, sie haben es formell nicht richtig gemacht und jetzt bezahlen wir es halt nicht aus, jetzt schauen wir halt, wie es besser funktionieren kann, aber nein, wir bezahlen es nicht aus, denn sie haben es nicht richtig gemacht. Meines Erachtens werden die Falschen bestraft, und zwar nicht jene, welche die Mehrarbeit geleistet haben, sondern jene, die offenbar, wenn es denn auch so ist, etwas falsch gemacht haben. Da muss ich wirklich sagen, ja, ein solcher Ablauf, wenn er tatsächlich so sein sollte, muss ich sagen, ist es der grössten Gemeinde im Baselbiet nicht würdig. Absolut nicht. Ich bin immer noch bass erstaunt, dass man diese Haltung hat. Ja, es ist nicht nichts, 11'000 Franken, da gebe ich dir recht, Mark, aber man muss auch vor Augen halten, dass wir 200 Stellenprozente budgetiert haben, seit letzten Frühling. Diese wurden nicht ausbezahlt. Wir sprechen also von weit aus mehr Lohn, von weit aus grösseren Beträgen. Das muss man sich einfach vor Augen führen. Es soll nicht getrotzt werden, ja, finde ich auch. Aber es soll vielleicht wirklich wertschätzend gehandelt werden. Das ist es im Moment nicht, sorry. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Corinne Probst. Das Wort hat nun Niklaus Morat und anschliessend Sandro Felice.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zuvor wurde erwähnt, der Gemeinderat sitze auch im Schulrat. Aber in diesem Schulrat sitzt auch die Schulleitung und mit ihr sogar der Rektor, und der Rektor sitzt doch sogar unter uns. Es wäre vielleicht spannend, von ihm zu hören, z. B., weshalb man die zwei Leute, die 200 Stellenprozente besetzen, nicht findet. Alle Anwesenden im Schulrat, ob Gemeinderat oder Schulrat, ob Schulleitung kennen doch diese Prozessordnungen. Ich habe langsam ein Problem mit der ganzen Diskussion. Wie zuvor erwähnt, ich fände es noch spannend, wenn sich der Rektor äussern würde.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Niklaus Morat. Das Wort hat nun Sandro Felice und anschliessend Nico Jonasch.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir sprechen nun ganz viel über Zuständigkeiten, Organisation, was auch immer. Also ich weiss nicht, ich leite auch ein Team. Wenn ich ein Team habe, welches unterbesetzt ist, und die Leute, die noch da sind, bereit sind, dies mit Überstunden aufzufangen, ich dann auch gewissermassen zwei Löhne einspare, oder wie viel es auch ist, so denke ich, dass es selbstverständlich ist, dass man es ihnen ausbezahlt, normalerweise, denn es gibt viel Arbeit, es gibt wenig Leute. Ich weiss nicht, ob ich es richtig verstanden habe; für mich ist es, zusammenfassend, so. Ich sehe keine Probleme, dass wir nun hier irgendwie Zuständigkeit und was auch immer haben; für mich ist es selbstverständlich, dass man es so tun würde. Ich würde es auch so machen, wenn es mein Team wäre. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat nun Nico Jonasch und anschliessend noch einmal Mark Aellen.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe nur eine kurze Verständnisfrage. Ich habe zuvor gehört, 11'000 Franken. Dann habe ich gehört, man hat zwei 100%-Stellen budgetiert. Also, das Geld ist vorhanden. Dann sehe ich das Problem nicht, wenn es ohnehin budgetiert ist. Oder habe ich es missverstanden? Dann klärt man mich bitte in dieser Hinsicht auf. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Ich schlage vor, ich gebe das Wort direkt an Gemeindevizepräsident Franz Vogt zur Beantwortung dieser Frage.

Franz Vogt, Gemeinderat: Also, ich habe es lang und breit erklärt, wie es dazu kam. Schauen wir, dass es in Zukunft nicht mehr dazu kommt. Schauen wir, dass wir die Prozesse sauber machen, das ist nämlich der riesige Mist, in dem wir schon seit Jahren stecken. Stets stimmt etwas nicht im Prozess, immer kittet man es, man trägt das Problem weiter, man löst es nicht. Jetzt hat man nun einmal, wie es der Prozess sagt, den wir seit dem Frühling neu haben, dass der Gemeinderat die Sache nur finanziell anschauen kann, sie nur finanziell zu beurteilen hat. Das hat der Gemeinderat nun getan. Wenn das nicht recht ist, ist es nicht recht. Ich kann aber dazu stehen. Der Gemeinderat hat den Entscheid gefällt; die Schulleitung und der Schulrat wissen nun, wie es auch besser laufen könnte. Dann machen wir doch einen Schritt aufeinander zu und schauen, dass wir das Kompetenzgerangel ad acta legen.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Darf ich noch einmal kurz nachfragen? Nico Jonasch nimmt sich noch einmal das Wort. Und zwar, Franz, das ist sehr lieb, dass du mir diese umfassende Antwort gibst. Aber es beantwortet meine Frage nicht. Ich habe gefragt, das Geld ist budgetiert, anscheinend über zwei Stellen, 11'000 Franken, weshalb wird es nicht ausbezahlt? Was man mir nun gesagt hat, war drumherum gesprochen, aber nicht das, was ich eigentlich hören wollte. Ich wäre froh um eine konkrete Antwort.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön, Nico Jonasch. Vielleicht noch ein kleiner Hinweis auf unsere Geschäftsordnung. Das Wort hat im Allgemeinen derjenige, dem wir es erteilt haben. Ich möchte bitten, in Zukunft nicht eigenmächtig das Wort zu ergreifen. Wir fahren weiter mit der Rednerliste. Das Wort hat nun Mark Aellen und anschliessend Niklaus Morat.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich habe zuvor noch vergessen zu erwähnen, aber da es noch einmal kam: Wir wertschätzen also Leute, die bereits am Limit ihrer Kapazität sind, weil sie Leute ersetzen, die nicht angestellt sind, indem man ihnen noch mehr Arbeit aufdrückt und dann sagt, liebe Leute, ihr

seid so gesund, wir geben euch ein wenig Geld und ihr macht weiter so? Das ist nicht wertgeschätzt, das ist nicht dazu Sorge getragen, damit die Leute nicht krank werden. Das ist eine der Gründe, weshalb man aufhört, Überzeit auszubezahlen. Weil es viele Geschäfte sehr gerne ausnutzen, um ihre Leute ausbluten zu lassen. Das geht nicht. Das geht nicht. Punkt.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Bevor ich mit der Rednerliste weiterfahre, Franz Vogt wollte noch die Frage von Nico Jonasch konkretisiert beantworten.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich muss nun einfach sagen, das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Es geht nur darum, gibt der Gemeinderat die Kostengutsprache, ja oder nein. Wenn er sie gibt, sind es gebundene Kosten, wenn er sie nicht gibt, sind es nicht gebundene Kosten. Noch einmal: Wir haben niemandem etwas «abgeschränzt». Niemand muss einen Franken weniger erhalten, sondern man hat gesagt, man würde nicht auszahlen, man soll schauen, wie man es kompensiert. Der Gemeinderat kann nicht verantwortlich sein, ob die Schulleitung oder respektive der Schulrat rekrutiert oder nicht. Dafür könnt ihr uns nicht verantwortlich machen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Franz Vogt. Das Wort hat nun Niklaus Morat und anschliessend Jean-Jacques Winter.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Im Budget stehen ganz viele Zahlen. Und nahezu hinter jeder Zahl steht ein wenig Text. Will heissen, dass, wenn wir budgetieren, dass zwei Leute soundsoviel Geld verdienen, und wir finden diese zwei Leute nicht, hat nicht einmal der Gemeinderat die Kompetenz, einfach 11'000 Franken für etwas anderes auszubezahlen? Ihr begreift also, das sind zwei Paar Schuhe. Man müsste dann schon budgetieren: 11'000 Franken für allfällige Überzeit, die man jenen Leuten aufdrückt, die eines Tages in ein Burnout laufen. Stellt endlich diese Leute an! Besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Niklaus Morat. Das Wort hat Jean-Jacques Winter und anschliessend Pascale Uccella.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Wir reden nun bereits eine halbe Stunde, nein, bald etwas mehr, zu einem Thema, über welches wir schon x-mal Stunden darüber gesprochen haben, bei dem wir genau wissen, Henry hat es zu Beginn erwähnt, ist es unsere Kompetenz zu sagen, wie es laufen muss. Wir haben hier ein Papier, mehrere Papiere verabschiedet, Führungsstrukturen, Prozessordnung, alles ist durch. Zusammen reden, eine Lösung finden, was der Gemeinderat, die Schulleitung und der Schulrat finden. Wir können hier sagen, was wir wollen, es kann neun, zehn, elf Uhr werden, meine Damen und Herren, wir haben es gehört, alle haben es gehört, auch der Gemeinderat, es braucht eine Lösung. Ich habe mir zuvor notiert, der Gemeinderatsvizepräsident hat gesagt, wir arbeiten daran, dass solche Probleme nicht mehr vorkommen. Also etwas ist da unten, im zweiten Glied vor mir, geschehen. Jetzt kann man noch lange sagen, ja so, ich möchte auch noch etwas zu diesem Geld sagen, ich möchte auch noch etwas sagen wegen dieser Überstunden. Mon Dieu.

Es gibt auch andere Varianten, wenn eine Schulleitung nicht mehr weiterkann. Es gibt kompetente Lehrkräfte, die in gewissen Dingen auch Funktionen übernehmen können. Ich war lange genug Schulhausvorsteher, habe das Büro geleitet usw. Man kann eigentlich fragen: Hey, wir benötigen jemanden aus der Lehrerschaft, der mal hier und dort als Delegierter der Schulleitung hingehet, ob er es übernehmen kann? Was spricht denn dagegen? Es wäre eine Entlastung, und zwar noch eine günstige, übrigens, für den Schulrat, Pardon, für die Schulleitung natürlich, aber mit dem Einverständnis auch vom Schulrat. Dort sind Lösungen. Aber nicht, dass wir nicht reden gehen und reden und reden und reden, was falsch lief. Es ist eine andere Ebene. Geht uns gar nichts an. Meckert weiterhin, ich wünsche einen schönen Abend, aber lasst die drei Gremien zusammenarbeiten. Wenn sie Tipps benötigen, ich hätte ein paar Lehrkräfte, bei denen man sagen könnte, dort und dort aus Fachgebieten jeglicher Art, seien sie in der Feuerwehr tätig, sind sie an sonst einer beliebigen Stelle tätig, sie können der Schulleitung gewisse Dinge, gewisse Funktionen nicht als Hilfskräfte, aber als Fachkräfte, abnehmen. Bitte hört auf zu sagen, wer woran schuld ist. Wir wissen alle, wir haben es hier beschlossen, es haben es alle gehört. Es sind drei Teile: Schulleitung, Schulrat und Gemeinderat. Und wir sind einfach da und plaudern. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Jean-Jacques Winter. Das Wort hat nun Pascale Uccella.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Danke schön, Jean-Jacques, für deine netten Worte. Ich habe einfach eine Verständnisfrage. Ein Schulrat besteht aus einem Gemeinderat, Schulrat und Schulleitung. Die Schulleitung sitzt bei, der Gemeinderat hat eine Stimme und darf mitentscheiden. Somit frage ich mich als Schulrat, wenn man etwas abstimmt, geht doch der Gemeinderat, der darin sitzt, geht zum Gemeinderat und sagt, hör zu, wir haben ausnahmsweise eine Überzeit bewilligen müssen. Nur damit ihr wisst, das und das und das. Dafür ist ein Gemeinderat drin. Um nichts anderes geht es eigentlich. Richtig, aber weisst du, Jean-Jacques, hier hat man schon seit Jahren gesagt, die drei Gremien sollen reden, reden, reden. Sie sollen nicht reden, sie sollen endlich einmal richtig arbeiten, was der Schulrat arbeiten kann und selbstverständlich, was der Gemeinderat in seiner Kompetenz auch arbeiten kann. Aber in diesem Schulrat sitzt ein Gemeinderat, der geht zum Gemeinderat und sagt: Guten Tag zusammen, wir haben ein Problem, wir haben zu wenige in der Schulleitung, wir müssen leider Überstunden machen, wir haben beschlossen, wir bezahlen sie aus. Ist das so schwierig? Eigentlich ist es doch eine Kleinigkeit. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Möchte sich jemand vom Gemeinderat dazu äussern? Das ist nicht der Fall. Alsdann ist auch die Rednerliste ... oh, Entschuldigung, das Wort hat Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke schön, nur kurz. Pascale hat mich auf etwas gebracht. Will nicht miteinander sprechen. Es gibt ein kleines Wortspiel: Man kann zusammen sitzen oder man kann zusammensitzen. Ich wünsche dem Gremium die zweite Variante. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön vielmals, Jean-Jacques Winter. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Damit ist die Interpellation beantwortet und als erledigt abgeschlossen. Es gibt darüber keine Abstimmung.

Wir kommen zum nächsten Traktandum. Gemäss Einladung ist dies Traktandum 9.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Interpellation von Noëmi Feitsma, SP, und Miriam Schaub, Grüne, vom 8.11.2023, betreffend
Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern auf dem Schulweg
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4696 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge: Interpellantin Noëmi Feitsma, vermute ich jetzt, dann Gemeinderat Philippe Hofmann. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat zunächst die Interpellantin, Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Ich gebe das Wort gerne zuerst Philippe Hofmann und äussere mich danach.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das können wir tun. Ich gebe das Wort jetzt an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: ...

René Amstutz, Präsident: Ist im Gemeinderat alles klar? Okay, dann also Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ihnen liegt das Geschäft 4696 vor, Interpellation von Noëmi Feitsma, SP und Miriam Schaub, Grüne, mit dem Betreff Sicherheit von Kindergarten- und Primarschulkindern auf dem Schulweg. Die Interpellantinnen stellen darin vier Fragen. Als Einleitung wird dargelegt, dass eine Grosszahl von Allschwiler Kindern verhältnismässig lange Schulwege hätten, welche auch durch die Binninger-, Basler- und Fabrikstrasse führen. Weiter wird ausgeführt, dass die Kantonsstrasse nachweislich eine grosse Her-

ausforderung für die Kinder seien und zu einer erhöhten Unfallgefahr führten. Vorauszuschicken ist auch, dass von Seiten Interpellantinnen weder belastbare Zahlen vorliegen, die darlegen, wie hoch eine Grosszahl von Kindern sein solle, noch was sie unter verhältnismässig langen Schulwegen verstehen, zumal keine Relation vorliegt. Noch ist die absolute Aussage der erhöhten Unfallgefahr mit belastbarem Material unterlegt, was beispielsweise mit der Unfallstatistik möglich gewesen wäre, damit man auch hätte konkret werden können. Somit zu den einzelnen Fragen:

1. *Wurde im Rahmen der Schulraumstrategie 2023 – 2037 eine Überprüfung der Schulwegsicherheit zu den drei respektive vier Standorten gemacht?*

Das aktuelle Konzept stammt aus dem Jahr 2018 und bildet ein multifunktionales Streckennetz ab, welches sich über das ganze Gemeindegebiet erstreckt. Das Konzept wurde damals unabhängig von den Standorten und auch nicht in direkter Abhängigkeit der Anzahl Standorte erarbeitet. Vielmehr hat man sich daran orientiert, dass die Wege zu Fuss und auch mit dem Velo müssen zurückgelegt werden können, und so gelegt, dass möglichst die Gefahren minimiert werden können, unabhängig davon, von wo aus man in welches Schulhaus geht. Das ist wichtig. Demzufolge wurde auch die Thematik bei der Schulraumstrategie nicht überprüft. Es würde auch gar keinen Sinn ergeben, solange man die konkreten Parameter der effektiv zu bauenden Schulhäuser und der sich in Betrieb befindenden Kindergärten gar nicht kennt. Aber, eines ist sicher: Wenn wir dies kennen, wenn wir beispielsweise rechnen können, wie viele Schüler auf welchen Wegen zu welchen Zeiten an welchen Ort hingehen sollen, haben wir auch ein wirklich vernünftiges Mengengerüst. Wenn wir dieses haben, werden wir auch die Überarbeitung vornehmen, sodass es auch wirklich Sinn stiftet. Dann hat man das Ganze auch aus einer Hand, mit den vorliegenden Zahlen.

2. *Was macht die Gemeinde aktuell, um die Schulkinder auf den Schulwegen besser zu schützen?*

Ich möchte diese Suggestivfrage oder Frage deutlich zurückweisen, weil sie unterstellt, dass Schulkinder auf ihrem Weg aktuell nicht gut genug geschützt sind und zur Verbesserung per se bedarf, was in keiner Art und Weise mit belastbarem Material unterlegt werden kann. Was aber klar ausgewiesen werden kann, ist, dass die GePo einen grossen Aufwand zur Schulwegsicherheit leistet. Sie haben in der Beantwortung, die Ihnen schriftlich vorliegt, ausführlich dargelegt erhalten, wie sich dieser Aufwand gliedert und welche Leistungen erbracht werden. An dieser Stelle möchte ich nämlich der GePo einen grossen Dank für die täglich geleistete Arbeit aussprechen.

Sie sehen, es ist mir ein grosses Anliegen, dass die GePo in dieser Sache Sicherheit sehr aktiv ist, und auch in Zukunft soll die Schulwegsicherheit Priorität haben und auch weiterhin so behandelt werden.

3. *Bestehen Pläne, womit die bestehenden Gefahrenzonen im Umkreis von Kindergärten und Primarschulhäusern mit weiteren Massnahmen entschärft werden?*

Auch dies ist wiederum eine suggestive Frage, die bewirkt, dass man meint, bei den Kindergärten und Schulhäusern gäbe es per se überall Gefahrenzonen und man müsse Entschärfungen anbringen. Ich würde wirklich bitten, wenn man solche Dinge sagt, sie doch etwas neutraler schreibt. Denn auch hier meine ich, es müsste so formuliert sein, damit man etwas materialisieren kann, was genau gemeint ist. Dann kann man anhand von konkreten Fällen etwas analysieren und sagen, was es zu verbessern gäbe, ein konkretes Beispiel bringen, dass man es so machen kann.

Was wir ausgeführt haben, sind die allgemeinen Sachen, die Massnahmen, die wir im Laufe der Zeit und insbesondere noch weit vor der Inbetriebnahme des Schulwegkonzepts umsetzen konnten. Im Speziellen möchte ich gerne auf Tempo 30 eingehen. Wie die Zukunft von Tempo 30 aussehen wird, wird das Volk entscheiden. Dass es an dieser Stelle nicht opportun sein kann, dass man auf diesem Weg separat, hinsichtlich dieser Thematik vorsichtig steht, dürfte aus demokratischer Sicht klar sein.

4. *Überprüft und analysiert der Gemeinderat die Sicherheit besonders bei temporären Baustellen und Planungen von neuen Quartieren?*

Da muss man sagen, dass das grundsätzlich Bausache ist, also liegt beim BRU. Die haben immer den Lead, wenn es um Baustellen geht. Aber, auf jeden Fall, bei jeder Baustelle ist die Abteilung Sicherheit immer involviert. Da kommt eine Meldung und es gibt auch eine Rückmeldung aus Sicht der Abteilung Sicherheit betreffend Fussgängerübergänge, betreffend Trottoirübergänge und insbesondere natürlich auch für den Schulweg. Dies fliesst immer wieder als Rückmeldung direkt an den Bauführer intern oder extern. Was ich aber an dieser Stelle sagen muss, ist ganz klar, dass es nicht immer umgesetzt wird. Dies vor Ort zu kontrollieren, ist auch wieder ein grosser Aufwand. Aber selbst dieser wird betrieben. Wenn ihr Hinweise habt, die bereits gekommen sind, wir nehmen sie gerne entgegen, damit wir dem nachgehen können, falls einmal etwas nicht so sein sollte, wie man es sich vorstellt.

Hingegen, was mir nicht bekannt ist, dass wir in Allschwil ein neues Quartier planen. Vielleicht gibt es eine Transformation, das ist richtig. Aber auch dann, wenn so etwas wäre, wäre die Abteilung Sicherheit bei konkreten Fragen auf jeden Fall involviert. Ich hoffe, dass die Interpellantinnen mit dieser Antwort zufrieden sind und bitte darum, dass wir das Geschäft als erledigt abschreiben. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat nun Noëmi Feitsma.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Gemeinderat. Ich danke vielmals für die Antwort in diesem Bericht. Ich bin damit auch einigermaßen zufrieden. Ich muss einfach noch dazu sagen, der Hinweis auf das Schulwegsicherheitskonzept aus dem Jahr 2018 bin ich sehr dankbar. Florian Spiegel hat sich bereits im 2018 mit diesem Konzept intensiv auseinandergesetzt. Es ist spannend. Es wurden 380 Arbeitsstunden investiert, um dieses Konzept auszuarbeiten. Ich muss auch sagen, man hat ein grossartiges Konzept geschaffen. Umso enttäuschter bin ich, dass man es bei der Planung eines neuen Schulhauses oder einer Schulraumstrategie nicht konsultiert. Wenn man schon ein Konzept hat und wenn man bereits Steuergelder ausgegeben hat, um das Konzept zu erstellen, dann finde ich es schade, dass es nun offenbar einfach in einer Schublade liegt und nicht beachtet wird. Ich würde den Gemeinderat wirklich höflichst darum bitten, dieses Konzept bei der Weiterentwicklung der Schulraumstrategie hervorzuholen und noch einmal genauer reinzuschauen. Denn ich finde, es ist ein gutes Konzept.

Was ich ebenfalls sehr schade finde, ist, dass es auch im Bericht heisst, die Eltern würden auch immer darauf hingewiesen werden. Lustigerweise habe ich gerade heute einen Brief zur Schuleinteilung meines Kindes erhalten und bin auf keine Art und Weise auf dieses Konzept hingewiesen worden. Es gibt einen Link, worin ich Dokumente zum Downloaden finde. Ich finde aber diese Pläne betreffend Schulwegsicherheit auch dort nicht. Es ist vielleicht nicht etwas, woran der Gemeinderat denken sollte, sondern es geht wieder eher in Richtung Schulrat und Schulleitung. Wenn man also schon ein solches Konzept hat, dann sendet es doch den Eltern mit. Es ist nämlich hilfreich. Ich habe es, bevor ich diese Interpellation geschrieben habe, genauer angeschaut und beantworte dann gleich die Frage von Philippe Hofmann – oder ich nenne es besser diese Unterstellung – ich würde suggerieren oder wir würden mit unserer Frage, wie man Schulkinder besser schützen kann, suggerieren. Es ist nämlich tatsächlich so, dass in diesem Schulwegsicherheitskonzept viele Schwachstellen, also komplexe Verkehrssituationen auf dem Schulweg festgestellt wurden. Umso tragischer finde ich, dass man bei den 380 Arbeitsstunden, die man aufgewendet hat, um dieses Konzept zu erstellen, bis heute noch nichts gegen diese komplexen Verkehrssituationen unternommen hat. Ich kann das irgendwie nicht nachvollziehen, dass man es einfach so stehen lässt. Man sagt, juhu, wir haben ein grossartiges Konzept erstellt; es hat zwar gefährliche Stellen ausgewiesen, aber wir finden es nicht nötig, das Konzept anzuschauen oder etwas dagegen zu unternehmen.

Den Dummpeter schiebt man ja dem Kanton zu. Denn es heisst, diese Stellen befinden sich alle auf Kantonsstrassen, und es heisst, dafür ist der Kanton verantwortlich. Nun, ich weiss nicht, ein Neugeborenes schreit, wenn es Milch haben möchte, dann erhält es Milch. Ich denke, davon könnte der Gemeinderat auch ein wenig lernen, dass der Kanton nicht von allein tätig wird. Man muss zunächst auf den Kanton zugehen. Im Bericht steht auch, dass man ein Begehren stellen kann, wenn man Bedarf hätte, damit auf den Kantonsstrassenabschnitten, welche als gefährlich eingestuft werden, etwas getan wird. Deswegen haben Miriam Schaub und ich nun einen neuen Vorstoss eingereicht, bei dem es nur darum geht, dass wir den Gemeinderat bitten, auf den Kanton zuzugehen, damit man die gefährlichen Situationen auf den Kantonsstrassen überprüft und versucht, mit dem Kanton eine Lösung für diese Stellen zu finden, damit unsere Schulkinder einen sicheren Primarschul- und Kindergartenweg haben können. Denn, das weiss man auch von anderen Gemeinden, der Kanton ist immer bereit zu unterstützen, wenn es um Schulwege geht. Das ist eigentlich alles, was ich dazu sagen möchte. Ich danke auch schon im Voraus, dass ihr das Postulat annehmen und unterstützen werdet, denn es verlangt nicht viel, sondern wirklich nur den Dialog mit dem Kanton, damit man diese Stellen, welche das Schulwegkonzept bereits als gefährlich eingestuft hat, entschärfen kann. Danke.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Ich frage rein formell, ob du mit der Antwort zufrieden bist. Du hast es bereits teilweise geantwortet.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Ja, ansonsten bin ich mit der Antwort zufrieden und würde es auch gerne abschreiben.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Es gibt eine Diskussion, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Ist das der Fall? Nein. Somit gibt es eine Diskussion, also Fraktionssprecherinnen und -sprecher und Rednerliste. Bereits gemeldet hat sich Gemeinderat Philippe Hofmann. Ich gebe das Wort wieder an den 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich gebe das Wort sogleich an Gemeinderat Philippe Hofmann. Anschliessend würden wir mit den Fraktionssprecherinnen und -sprechern weiterfahren.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich muss hier ein paar Dinge richtigstellen. Das Konzept der Schulwegsicherheit ist subsidiär. Es ist nicht primär. Bei der Schulraumplanung ist das Konzept der Schulwegsicherheit subsidiär. Wir planen aufgrund der Gegebenheiten und nicht aufgrund eines Sicherheitskonzeptes, welches ohnehin ändern kann, einen Schulraum definieren. Das ist mal grundsätzlich. Zudem liegt es nicht in der Schublade, sondern es wird verteilt. Mir wurde gesagt, es gibt ein Leporello, das ich mir aushändigen liess, das den Eltern abgegeben wird. Darin steht bisherige Projekte, was getan wird, wie alles aussieht. Ganz am Schluss haben wir ein Konzept für das eine Schulhaus, worin steht, welche Wege sich wo befinden, was ist eine Haltestelle, wie geht man zu Fuss, wie fährt man mit dem Velo. Das ist für jedes Schulhaus vorliegend und wird verteilt. Das ist, was vorhanden ist. Wenn es nicht gemacht wurde, dann bin ich sicher, es ist greifbar und man kann es tun. Ich meine, das ist nun eben keine Sache des Gemeinderats, sondern es ist vielleicht besser, bei der Schule nachzufragen. Ich bin voll dafür, dass man es abgibt. Falls dies nicht der Fall wäre und es nun hier jemand, der zuständig ist, hört: Bitte gebt es ab, zu diesem Zweck haben wir es ja erarbeitet.

Nun, gehen wir zum fachlichen Inhalt. Welche Schwachstellen? Zuerst muss man sagen, wo gibt es welche Schwachstellen, wer stellt was fest und wenn überhaupt und wo. Ich habe keine Sachen vorliegend, die mir sagen, dass es aufgrund dieses Konzeptes, welches wir hier erstellt haben und welches hier ausgewiesen ist, überhaupt Dinge gibt. Man kann nicht sagen, wir hätten nichts unternehmen. Also, ich meine, kommt mal mit klaren Beispielen, exakt wo, wie, welche Kreuzung unter welchen Bedingungen, unter welcher Analyse, mit welcher Methode. Dann kann ich sagen, was genau zu tun ist und was nicht. Es ist auch kein Dummpeterspiel. Der Kanton ist zuständig. Wenn er zuständig ist, ist er zuständig. Ich mache ein Beispiel: Oberwilerstrasse, der Fussgängerstreifen oben beim Spitzwald, der macht der Kanton, ob es passt oder nicht. Uns passt er auch nicht, er hat ihn einfach gemacht. Einen Veloweg auf die Schönenbuchstrasse legen? Das hat er einfach gemacht. Wir waren vor Ort und haben gesagt, lieber Kanton etc., weiss ich nicht was. Ich habe mich maul trocken geredet und gesagt, wenn hier jemals etwas passiert, ich hoffe es nicht. Der Kanton macht es, es ist seine Strasse. Das müssen wir einfach mal respektieren. Der Kanton darf das sogar, ob es sinnvoll ist oder nicht. Das ist kein Dummpeterspiel, sondern er macht das, weil es in seiner Kompetenz und Hoheit liegt. Punkt. Ende.

Zudem würde ich nun einfach mal sagen. Ich nehme es gerne entgegen, wenn es tatsächlich Schwachstellen gibt. Dann sprechen wir aber von konkreten Beispielen und konkreten Anforderungen. Sodann schauen wir mal, wer, wie, wenn, wo zuständig ist. Dafür bin ich sicherlich immer zu haben. Aber bitte nicht einfach einen so allgemeinen Rundumschlag. Und, es ist suggestiv, wenn man sagt, man muss etwas erhöhen, um besser zu schützen. «Besser schützen» suggeriert, dass sie nicht gut geschützt sind. Wenn das nicht mit gut belastbarem Material belegt werden kann, ist es suggestiv und ich akzeptiere es nicht.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Philippe Hofmann. Es wären nun Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe. Gibt es Wortmeldungen? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Somit kämen wir zur allgemeinen Rednerliste. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Aha, da, so hat Martin Münch das Wort – Entschuldigung, ich kann rückwärts kaum sehen.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zuvor absichtlich nichts gesagt, weil ich Politik und meinen Beruf trennen möchte. Das habe ich schon einmal erwähnt. Nun geht es aber um meine Mitarbeitenden, welche ihre Arbeit leisten. Du hast einen Brief erhalten, das ist richtig. Das war nur eine Schulhauseinteilung und keine Klasseneinteilung. Du wirst nämlich mit dem nächsten Brief zur definitiven Klasseneinteilung auch einen Hinweis auf die Schulwegsicherheit erhalten. Selbstverständlich. Zudem haben wir diesen Flyer, «Mein Kind kommt in die Schule», auch am Elternabend aufgelegt. Wir haben auch dort auf die Schulwegsicherheit hingewiesen. Auf der Webseite gibt es diese Flyer zum Downloaden. Wir haben sie von der Gemeinde elektronisch erhalten, wo wir sie schön ablegen, damit man sich auch entsprechend im Vorfeld darauf vorbereiten kann. Einfach dies kurz zur Information. Vielen herzlichen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Martin Münch. Gibt es weitere Wortmeldungen? Sandro Felice hat das Wort.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte zu meinen Vorrednerinnen und Vorrednern noch etwas ergänzen. Grundsätzlich ist der Schulwegplan eine gute Sache. Ich musste ein wenig suchen, bis ich ihn gefunden habe, denn auf der Gemeindehomepage ist er nicht drin. Er ist zwar auf der Primarschulhomepage zu finden. Aber wenn man ihn auf der Gemeindehomepage Dokumente sucht, findet man ihn nicht. Das war nun ein Detail, was am zweitwichtigsten ist. Wichtig aber wäre jedoch, wenn ich als Eltern den Plan erhalte, der stammt vom Juni 2018, in Allschwil wird viel gebaut, es verändert sich viel, dann sollte er auch stimmen. Ich habe spontan gesehen, z. B. beim Hegenheimermattweg steht, es habe ein Lichtsignal, dort gibt es keines mehr, da befindet sich nun ein Kreisel, es ist aber mit einem grünen Kreis eingezeichnet, dass es ein Lichtsignal gibt. Ich will hoffen, dass es, wenn es dann an der Fabrikstrasse ein Lichtsignal gibt, dann auch eingezeichnet wird, dass die Eltern es auch sehen können. Ich denke, man muss nicht gleich ein neues Konzept erstellen, aber man sollte es halt aktuell halten. Buslinien gibt es auch immer mal wieder neue und andere fahren vielleicht woanders durch. Ich denke, nach sechs Jahren ... also, es ist sicher so, dass man sie nicht jedes Jahr anpassen muss, aber es wäre sicher gut, wenn sich die Eltern, welche sich nicht so gut in Allschwil auskennen, informieren können. Natürlich kann man nachschauen, aha, hier gibt es doch kein Lichtsignal oder was auch immer, und man unternimmt den Weg mit dem Kind. Wenn man es schon ausgibt, dann sollte es auch der Realität entsprechen. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Die Rednerliste ist erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt abgeschlossen. Es gibt keine Abstimmung.

Wir gehen gemäss Einladung zu Traktandum 10.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 27.11.2023, betreffend Überprüfung Gebühr für Angestellten-Parkkarten

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4699

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist die Folgende: antragstellende Person, Andreas Bärtsch, dann Gemeinderat Philippe Hofmann, Fraktionssprecher, Rednerliste. Bitte meldet euch beim 1. Vizepräsidenten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich übergebe das Wort zunächst dem Postulanten, Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Anwesende. Ich finde, Gemeinderat Philippe Hofmann, hat sich im vorhergehenden Geschäft so schön warm geredet, deshalb würde ich ihm die Chance geben, gleich weiterzufahren, und ich würde danach sprechen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das können wir wiederum sehr gerne tun. Sodann erteile ich das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Danke für die Rücksichtnahme auf die Ressourcen. Die Begründung zum Geschäft 4699 liegt Ihnen schriftlich vor, weshalb der Gemeinderat Nicht-Entgegennahme beantragt. Man kann es so zusammenfassen: Das Parkraumbewirtschaftungskonzept und die damit verbundenen Kosten wurden erst einmal von einer vielschichtig besetzten Spezialkommission besprochen. Danach hat man fundierte, vorhandene Überlegungen hinzu gepackt. Man hat mit den umliegenden Gemeinden einen Vergleich angestellt. Daraus wurde ein Reglement erschaffen. Dieses lief notabene durch eine Kommission des Einwohnerrats.

Alsdann kam es in den Einwohnerrat und schliesslich gab es sogar noch eine Volksabstimmung und das Reglement wurde eingeführt. Viel mehr vom ganzen demokratischen Prozess können wir nicht erwarten. Und nun haben wir mal diese Parkraumbewirtschaftung und sie läuft.

Es erschliesst sich dem Gemeinderat absolut nicht, weshalb man nun für die Definition der Gebühren nach so kurzer Betriebszeit eine andere Methode anwenden soll. Im Reglement steht ganz klar, und man kann hier sagen, es ist der Wille des Volkes, dass die Gebühren kostendeckend sein sollen. Wir haben nur ein Jahr Erfahrung. Wie will ich schon jetzt sagen, ob es gut oder schlecht ist? Bitte lasst es doch einfach laufen. Wir konnten mit diesen Gebühren nun nach einem Jahr beinahe eine Punktländung machen, welche, glaube ich, auf 200'000 um 5'000 Franken nicht genau stimmte. Ich bin daher überzeugt, es ist richtig, was getan wurde. Es wird so, wie der Volkswille ist, insbesondere § 8 meine ich, umgesetzt. Deshalb sollte man es jetzt laufen lassen und die Gebühren sein lassen. Ich bin aber der Meinung, dass man gewisse Dinge regelmässig prüfen kann. Übrigens, genau auch der Plan, der Sandro Felice zuvor erwähnte, wie solche Reglemente. Aber sicher nicht nach einem Jahr, dazu haben wir keinen belastbaren Erfahrungswert. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich übergebe das Wort noch einmal dem Postulanten, Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Herzlichen Dank. Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Dass es kostendeckend sein muss und nicht gewinnbringend, damit bin ich einverstanden, da befinde ich mich gänzlich auf der Linie des Gemeinderats. Dass der Gemeinderat nicht unbedingt gross Lust hat, es nach einem Jahr noch einmal anzuschauen, kann ich auch verstehen. Nur, die Welt verändert sich und man hat nun die Erkenntnis des Preisüberwachers, dass Parkkarten zu einem Preis von über 400 Franken nicht einem angemessenen Preis und nicht dem Kostendeckungsprinzip entsprechen. Das Postulat zielt darauf, dass man es überprüft, hinterfragt und danach wahrscheinlich die Gebühren für die Angestelltenparkkarten vermutlich reduzieren könnte. Dies ist nun wieder eine Vermutung und keine begründete Aussage. Das ist mir bewusst, falls mir das nachher um die Ohren geschlagen wird.

Was ich aus der Antwort oder aus der Begründung des Gemeinderats feststellen kann: wenn man sagt, man schaue es fundiert an und vergleicht, muss ich feststellen, dass wir bei der Gemeinde Allschwil den höchsten Preis von Basel genommen haben und von Binningen den tiefsten Preis. Von Binningen 48 Franken sind in Allschwil 50 Franken für die Anwohnerparkkarte und von Basel 860 Franken für die Angestelltenparkkarte. Wenn man Vergleiche zieht, ist in Basel das Verhältnis von Anwohnerparkkarten zu Angestelltenparkkarten der Faktor 3, in Pratteln Faktor 2 – wobei umgekehrt, dort ist die Angestelltenparkkarte günstiger, in Reinach Faktor 6 und in Allschwil Faktor 17. Begründet wird dies, weil man für die Bestimmung der Höhe der Angestelltenparkkarte das Umweltschutzabo als Grundlage beigezogen hat und sagte, das sind die Kosten für das Umweltschutzabo und wer gefälligst in Allschwil arbeitet, kann auch mit dem Trämli kommen. Die Anwohner, die in Allschwil wohnen, können gefälligst auch mit dem Trämli arbeiten gehen und benötigen eigentlich kein Auto; dann kann man diese Kosten oder diese Gebühren eigentlich auch auf 860 Franken erhöhen. Ich glaube, das sind genügend Argumente, die ich dem Gemeinderat auf den Weg gegeben habe, dass er diese Diskussion noch einmal führt und es kritisch hinterfragt. Deshalb möchte ich den Einwohnerrat bitten, das Postulat dem Gemeinderat zu überweisen und ihm die Chance zu geben, es noch einmal zu überprüfen. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Bevor ich mit der Rednerliste weiterfahre, hat Gemeinderat Philippe Hofmann das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich habe keine Kenntnis davon, ob der Preisüberwacher Allschwil im Detail angeschaut oder einfach irgendwelche andere Grundlagen beigezogen hat. Wenn dies gemacht wurde, kann er es ja darlegen und soll er klar erklären, weshalb er überzeugt ist, dass in unserer speziellen Situation klar 400 Franken ausreichen. Was war die Überlegung? Die Überlegung bei diesem Konzept war doch, dass wir mehr Parkraum wollen, damit wir nicht einfach zum Parkplatz für den Flughafen werden und dass wir auch nicht zum Parkplatz von Basel werden wollen. Wir hatten den Druck aus der Stadt, wir hatten den Druck aus dem umliegenden Ausland und aus dem Leimental, die unsere Parkplätze für alles Mögliche benutzt haben, aber nur nicht, dass wir sie hier einfach benutzen können. Das war der Grund. Deshalb ist auch die Anwohnerkarte so moderat wie nur möglich. 50 Franken, das ist der zweittiefste Preis, den wir haben.

Wir wollten eben, dass alle, die irgendwo zum Arbeiten kommen und sonst was tun, was nicht in Allschwil liegt und einen Parkplatz benötigen – ähm, nicht benötigen, sondern einfach benutzen, aber nicht benötigen, dass dies eine finanzielle Konsequenz haben muss. Dass sie so hoch ausfällt, ist genau dem Umstand geschuldet, dass wir dies so nicht mehr wollten. Das ist der grosse Hebel, den wir hier in Allschwil haben. Reinach hat das nicht, Binningen auch viel weniger, das muss man einfach sehen. Deshalb haben wir es auch so gewählt. Das ist die Herkunft, das ist die Historie dieses Konzepts, das wir hier haben. Deshalb bitte ich eigentlich um Nicht-Entgegennahme. Es ist fundiert überlegt. Ich habe es zuvor erwähnt, es lief von der Kommission bis zum Volk. Es wäre absolut vermessen und demokratisch wahrscheinlich auch nicht ganz sauber, wenn man nach nur einem Jahr erneut ein Reglement machen und das schon vorhandene Reglement ändern würde und dann notabene den zentralen Punkt der Kostendeckung über den Haufen werfen würde.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Wir kommen jetzt zu den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen. Mark Aellen hat sich zuvor gemeldet, aber ich weiss nun nicht in welcher Funktion ... als Fraktion, demnach hat selbstverständlich Mark Aellen nun das Wort.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Es ist erstaunlich, dass ich mich mal für die Fraktion melde und auch erstaunlich, dass ich beinahe dasselbe wie Philippe Hofmann sagen werde. Das ist normalerweise nicht das, was bei mir passiert. Erstens, falls der Antrag der FDP kommt, muss ich sagen, die FDP hat ein Kurzzeitgedächtnis und ein sehr schlechtes Verfahren, Vorlagen zu lesen. Denn alles war in diesen Vorlagen erklärt. Der Vertreter, Andreas Bärtsch, hat auch erwähnt, weshalb wir einen so hohen Preis haben. Man muss es also nicht überprüfen, wir wissen es bereits. Wir haben es nun auch noch einmal von Philippe Hofmann gehört, alles war detailliert vorhanden; es wurde mit 33 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Eindeutig. Die Frage zu den unterschiedlichen Preisen kam nie auf, weder in der 1. Lesung noch in der 2. Lesung. Dass die FDP nun findet, es sei sonderbar und nicht nachvollziehbar, ist gewissermassen ein Eigentor.

Das Zweite ist: Es wird angeführt, dass der Preisüberwacher sage, die Kartenpreise sind zu hoch. Wenn man hingehet und ein wenig nachliesst, sieht man, der Preisüberwacher sagt, dass eine Anwohnerparkkarte nicht so hoch werden sollte, mit der Begründung, dass den Anwohnern ermöglicht werden müsste, einen Parkplatz zu finden. Denn jene, die eine Garage haben, das sind in der Regel bereits die Reichen. Deshalb muss man für jene, die weniger gut bemittelt sind, versuchen, einen vernünftigen Preis für einen Parkplatz zu bezahlen. Insofern kommt er auf die 400 Franken. Anwohnerparkkarte zu 400 Franken, nicht Angestelltenparkkarte. Demzufolge erübrigt sich hier für die SP-Fraktion die ganze Fragerei, und das Postulat soll nicht überwiesen werden. Die Grundlagen stimmen nicht, die Folgerungen stimmen nicht. Es ist gar nicht klar, was man damit effektiv erreichen will. Denn wenn wir mehr den Angestellten zugestehen, bleiben wieder weniger Parkplätze übrig für diejenigen, für welche wir eigentlich wollen, dass sie genügend Parkplätze haben. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Demnach hat Sandro Felice das Wort.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch unsere Fraktion folgt dem Gemeinderat und möchte das Postulat nicht überweisen. Ich möchte auch noch ein paar Dinge ergänzen. Mark Aellen hat es bereits erwähnt, müssen wir wiederholen. Der Preisüberwacher spricht von Anwohnerparkkarten, und ja, es ist ein sozialer Ansatz. Es geht nicht um die Angestelltenparkkarte. Das ist das Eine. Das Zweite, was auch im Postulat steht: Ja, es ist richtig, die Firma soll für die Mitarbeiter Parkplätze bezahlen. Sie macht deshalb ein Mobilitätskonzept. Muss halt schauen, wie es ist. Wenn nun eine Firma eben eine Liegenschaft mietet oder besitzt, die zu wenig Parkplätze hat, kann diese auch hinzumieten; sie kann sie zubauen, wie auch immer.

Es ist lustig, sonst ist die FDP immer für einen freien Markt. Ich habe nachgeschaut, was ein Parkplatz auf dem freien Markt kostet. Ich habe im Ziegeleiareal einen gefunden. Gemäss Inserat ist er günstig, kostet 70 Franken pro Monat, macht nun zufälligerweise genau diese 840 Franken. Es ist das, was ein Parkplatz sonst in Allschwil kostet. Man kann nicht sagen, er ist zu teuer für eine Firma, denn wenn du den bauen und betreiben und unterhalten musst, kostet er scheinbar auch so viel. Zudem ist zu sagen, die Rechnung, welche die Gemeinde mit den Betriebskosten erstellt hat, ist richtig. Wenn man aber schaut, wie der Preisüberwacher es rechnet, fehlt darin sogar noch etwas. Wir sind also eigentlich fast zu günstig, man müsste sogar die Landkosten hinzurechnen und man müsste noch Erstellungskosten der Strasse hinzurechnen, diese fehlen sogar in der Berechnung. Eigentlich müsste das Ganze noch teurer werden, was dann aber leider für die Anwohner teurer werden würde.

Das andere ist: Das, was der Preisüberwacher bringt, ist auch umstritten, ob es so wirklich korrekt ist, denn Parkieren über 30 Minuten ist ein gesteigerter Gemeingebrauch und genau dieser muss nicht unbedingt nach dem Kostenprinzip abgerechnet werden. Dort darf man Benutzungsgebühr verlangen, die aber auch nicht unbedingt nur den effektiven Kosten entspricht. Denn die Strasse ist ein Allgemeingut, die gehört der Allgemeinheit, die kann man unterschiedlich nutzen, und wenn man sie für eine Sache nutzt, notabene hat einfach nicht jeder in Allschwil ein Auto, ungefähr die Hälfte der Bevölkerung hat kein Auto und kann diese Fläche demnach gar nicht nutzen, denn man darf nichts anderes als ein Auto hinstellen. Deshalb ist es auch gerecht, wenn es entsprechend genügend hoch entschädigt wird. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir zur allgemeinen Rednerliste über. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Somit hat Corinne Probst das Wort.

Corinne Probst, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Da ich damals nicht im Einwohnerrat dabei war, ich war noch gar nicht in den Rat gewählt, als man über die Parkraumbewirtschaftung abgestimmt hat, erlaube ich mir, an dieser Stelle doch noch zwei, drei Dinge anzubringen. Und zwar, ich finde den Faktor 17 schon noch echt beeindruckend, muss ich sagen. Ich finde die 860 Franken für eine Angestelltenparkkarte auch eine stolze Summe. Vielleicht muss man auch daran denken, dass es hier in Allschwil Betriebe gibt, welche auch Leistungen für z. B. das Gemeinwohl erbringen. Ich denke da z. B. an das AZB, das Angestellte hat, die Frühdienst haben, Spätdienst haben, die auf ein Auto angewiesen sind, vielleicht auch weil sie aus dem Elsass kommen, vielleicht aus Deutschland kommen, Betriebe, in denen es Angestellte gibt, die darauf angewiesen sind. Das sind nicht wenige Angestellte und es ist eine recht grosse Summe, die zusammenkommt und auf den Betrieb zurückfällt. Die Gemeinde hat nun zwar ein paar Parkplätze bereitgestellt, doch diese reichen nicht völlig. Es gibt sicher auch noch andere Betriebe, die es ähnlich treffen könnte. Ich muss sagen, ja, wie zuvor erwähnt, der Faktor 17 finde ich beeindruckend. Ich bin einverstanden, dass man es überprüft. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Corinne Probst. Das Wort hat noch einmal Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Wir haben in der Tat Betriebe, die wohltätig sind, welche gute Dinge tun. Das ist eigentlich in jedem Betrieb so. Hoffe ich. Wir haben grosse Pharmabetriebe, die viele Leute anziehen, welche alle aus dem Elsass kommen und bei denen ich feststellen muss, da ich selbst dort gearbeitet habe, erstaunlicherweise arbeiten viele Elsässer, ohne dass sie mit dem Auto kommen. Das ist wirklich eine grossartige Leistung. Wir investieren übrigens auch viel Geld in das Mobilitätskonzept. Wir versuchen, sie anzuregen, dass sie nicht mit dem Auto kommen. Also einfach zu sagen, Faktor 17 ist nun schon sehr happig, ist wirklich Augenwischerei, sorry. Es kam vors Volk, zuvor konnte man Einblick nehmen; es ging durch den Rat. Dort hat man sogar noch gesagt, 50 Franken und dann verlangt ihr weitere 20 Franken Gebühren, was fällt euch eigentlich ein? Wir sind es. Wir haben es so bestimmt. Jetzt zu sagen, wir halten es schon für sehr undurchsichtig und unvertretbar - nein, nein, dies geschah im Jahr 2021, nicht vor 30 Jahren. Im 21 ging es innerhalb von zwei Monaten durch den Rat – ohne jeglichen Widerspruch. Wenn man nach dieser kurzen Zeit sagt, das Ganze sei unverständlich, nicht nachvollziehbar, dann habe ich einfach ein Problem. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Anwesende. «Das Ganze ist nicht durchdacht» und was ich mir sonst noch anhören musste, ist doch schön und nicht und gut. Man kann auch nach zwei Jahren gescheiter werden und kann gewisse Dinge, die laufen oder die man feststellt, und wenn man mit den Leuten spricht, erkennt, dass vielleicht etwas, was man bestimmt oder mitgetragen hat, halt doch nicht so das Wahre und das Gelbe vom Ei ist. Ich glaube, jemandem vorzuwerfen, dass es nicht demokratisch ist, weil er durch ein demokratisches Mittel etwas hinterfragt, finde ich ... ja, nicht sauber. Und ja, es ist schön, dass man darauf hinweist, dass es Leute gibt, die aus dem Ausland kommen und auch die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.

Es gibt aber auch Leute, die aus dem Ausland zum Arbeiten kommen, zu Zeiten, in denen sie noch keine öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung haben und auf das Auto angewiesen sind. Das sind oft auch Leute, die halt nicht im Hochpreissegment oder im Hochlohniveau arbeiten und auch auf das Geld angewiesen sind. Aus diesem Hintergrund ist das Postulat auf dem Mist von Andreas Bärtsch höchstpersönlich gewachsen. Nur weil ihr da von Seiten SP gewisse Dinge so parteipolitisch her-

vorhebt, finde ich, ja, könnt ihr gerne machen. Wenn ich aber einen Vorstoss mache, kann ich auch dazu stehen, dass er von mir ist. Wenn ihr damit sagen wollt, dass ich nicht demokratisch bin, auch damit kann ich leben. Ich bin nach wie vor dafür, dass man den Vorstoss überweist und dem Gemeinderat die Möglichkeit gibt, es noch einmal zu hinterfragen und im Gemeinderat zu diskutieren. Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Auch wenn man in der Regel eigentlich nur zweimal das Wort hat, gebe ich das Wort noch einmal an Mark Aellen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Danke schön für die Ausnahme. Andreas, es hat euch niemand vorgeworfen, es sei nicht demokratisch. Nein, ich habe euch vorgeworfen, ihr sagt, es ist nicht nachvollziehbar. Ich sage «ihr», weil es ist unterschrieben mit «für die FDP-Fraktion». Also, wenn ich nicht gewusst habe, dass es nur von dir kommt. Der Punkt ist, es steht «nicht nachvollziehbar». Es steht nicht drin, wir haben neue Erkenntnisse gewonnen, weshalb es nicht richtig sein kann. Das steht nicht drin. Es steht schlicht drin «nicht nachvollziehbar, prüft noch einmal». Du gibst dir gleichzeitig noch die eigene Antwort, weshalb es nicht stimmt. Das bringt einfach nicht. Das ist die falsche Argumentation für einen Vortrag zu machen über «man muss es tun». Nur weil man die falschen Argumente wählt, ist es deshalb nicht demokratisch. Aber es sind die falschen Argumente. Es ist demokratisch. Wir sitzen hier und stimmen darüber ab. Und ich werfe in die Schale, es sind die falschen Argumente. Mit diesen Überlegungen muss man nicht an eine Revision gehen. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mark Aellen. Das Wort hat nun Mehmet Can.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich wollte eigentlich gar nichts sagen. Aber als Unternehmer sehe ich mich doch noch gezwungen, etwas zu sagen. Ich verstehe beide Seiten. Ich verstehe die Seite der FDP, aber ich verstehe auch die Seite oder Vertretung des Volks. Das Volk wollte es und hat entschieden, so sei es durchzuziehen. Auf der anderen Seite muss ich halt wiederum auf das, was Sandro Felice gesagt hat, zurückkommen. Man kann zusätzliche Parkplätze mieten. Vorausgesetzt, es gibt natürlich diese Parkplätze, wenn die Möglichkeit vorhanden ist. Nicht jeder Unternehmer hat die Möglichkeit, vor seiner Hütte Parkplätze zu mieten. Andererseits bin ich auch der Meinung, dass man die Unternehmer nicht so sehr in die Ecke drängt, dass sie am Schluss abwandern müssen, weil sie die Möglichkeiten nicht haben.

Nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass man dem Gemeinderat folgen sollte und entsprechend zu einem Schlusspunkt kommen sollte. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Mehmet Can. Das Wort hat Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nur schnell ergänzen. Es ist ja nicht so, dass man keine Angestelltenparkkarten mehr haben wird. Es ist so, dass man sie haben kann. Wenn man keine mieten kann, kann man die Angestelltenparkkarten nehmen. Sie kosten halt einfach ähnlich viel, wie sonst ein Parkplatz, den man mietet. Darum ging es. Es ging darum, dass man sie abschaffen will.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, Sandro Felice. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besen Dank. Wir kommen zur **Abstimmung** über die Überweisung dieses Postulats. Wer das Postulat überweisen möchte, soll es jetzt mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Sie haben das Postulat mit 12 Ja, 17 Nein und 3 Enthaltungen nicht entgegengenommen, auch nicht überwiesen – Danke vielmals.

Wir kommen noch zum letzten Traktandum, gemäss Einladung Traktandum 11, Geschäft 4711 ... – Ich sehe, es wurde eine Karte erhoben. Pascale Uccella, bitte.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Ich stelle den Antrag für Abbruch der Sitzung. Es wäre schön, wenn wir einfach mal um neun Uhr nach Hause gehen könnten. Danke vielmals.

René Amstutz, Präsident: Dann stimmen wir über diesen Antrag ab. Es braucht dazu ein 2/3-Mehr. Wer dafür ist, auf Abbruch der Sitzung, soll das mit der Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Gut, die Sitzung ist mit diesem grossmehrheitlichen Entscheid nun abgebrochen.

Besten Dank. Schöne Woche.

ENDE DER SITZUNG 21.15 Uhr